



Die Radikalisierung von Volksparteien

Konservative Großparteien im Wandel

Florentin Reichert

8B

Betreuer: Mag. Martin Zirwig

Bundesreal- und Oberstufenrealgymnasium
für Studierende der Musik
Neustiftgasse 95–99, 1070 Wien

Februar 2024

Abstract

Die Radikalisierung von Parteien ist seit jeher einer der faszinierendsten Teilbereiche der Politikwissenschaft. Diese Arbeit hat sich das Ziel gesetzt, eine Art „Formel“ für die Analyse von konservativen Großparteien hinsichtlich ihres Radikalisierungsverhaltens auf moderne sowie historische Beispiele anzuwenden. Da das Herausarbeiten dieses „Rezepts“ als Schüler nicht wissenschaftlich wäre, wurde sich für eine Definition Natasha Strobbs, eine der führenden Extremismus Forscher*innen Österreichs entschieden. Als historisches Beispiel wird die Christlichsoziale Partei in Österreich herangezogen, die sich aufgrund mehrerer Faktoren für diese Arbeit eignet: So ist sie die Vorgängerpartei der ÖVP, liegt somit schon rein geografisch nahe an den heutigen Beispielen und kann außerdem als so etwas wie das Urbeispiel für eine Partei angesehen werden, die einen Radikalisierungsprozess durchlief. Nach einem kurzen Ausblick wird auf die modernen Beispiele, nämlich die ÖVP unter Sebastian Kurz sowie die Fidesz unter Viktor Orbán, detailliert eingegangen. In beiden Fällen wird zunächst eine kurze Einführung in die Situation der Partei im Allgemeinen gegeben, bevor die in Kapitel 1 beschriebene „Formel“ angewandt wird. Nach detailliertem Besprechen der Unterpunkte wird ein kurzes Fazit zur jeweiligen Partei gegeben und überprüft, ob sich Parallelen zur Zwischenkriegszeit feststellen lassen bzw. ob sich gar eine ähnliche Entwicklung prognostizieren lässt. Zum Schluss wird auf das heutige politische Klima in Europa eingegangen und besprochen, inwiefern der Konservatismus eine Rolle für die Erhaltung unserer Demokratie spielt und wie sich dieser gegen aufstrebende rechtspopulistische Parteien zur Wehr setzen kann.

Inhaltsverzeichnis

1	Definitionen und Radikalisierungsformel	5
1.1	Definitionen zum wissenschaftlichen Arbeiten	5
1.1.1	Definition von Volks- oder Massenparteien	5
1.1.2	Definition: Konservatismus	6
1.1.3	Verhältnis des Konservatismus zu anderen Ideologien	6
1.2	Die Radikalisierungsformel	7
1.2.1	Der bewusste Regelbruch	7
1.2.2	Kulturkampf: Polarisierung	8
1.2.3	Kulturkampf: Exkurs Rechtspopulismus	8
1.2.4	Die Führungsposition	9
1.2.5	Vormarsch auf die Institutionen	10
1.2.6	Politik im permanenten Wahlkampfmodus	11
1.2.7	Parallelrealitäten	11
2	Paradebeispiel: Die Christlichsoziale Partei von 1918 bis 1933/34	12
2.1	Die Christlichsoziale Partei 1918	12
2.2	Analyse	14
2.2.1	Kulturkampf: Polarisierung	14
2.2.2	Führungsperson	15
2.2.3	Vormarsch auf die Institutionen	16
2.2.4	Politik im permanenten Wahlkampfmodus	17
3	Die ÖVP unter Sebastian Kurz	18
3.1	Die Ausgangslage 2011	19
3.2	Analyse	19
3.2.1	Führungsperson	19
3.2.2	Kulturkampf: Inhalte und politische Richtungsweisung unter Sebastian Kurz	22
3.2.3	Mediale Inszenierung	23
3.2.4	Bewusster Regelbruch	25
3.2.5	Der Kampf um die Institutionen	26
3.3	Hat sich die ÖVP unter Kurz radikalisiert?	27
3.4	Parallelen zur Zwischenkriegszeit?	28
4	Die Fidesz unter Viktor Orbán	30
4.1	Ungarns Ausgangslage	30
4.2	Analyse	31
4.2.1	Die ungarischen Institutionen unter Druck	31
4.2.2	Polarisierung in Ungarn	33
4.2.3	Politik im permanenten Wahlkampfmodus	36
4.2.4	Parallelrealitäten	37
4.3	Vergleich mit der Regierungsperiode 1998–2002	38
4.4	Hat sich die Fidesz unter Viktor Orbán radikalisiert?	38
4.5	Parallelen zur Zwischenkriegszeit?	39

5	<i>Fazit und Ausblick</i>	41
6	<i>Literaturverzeichnis</i>	43
6.1	Literaturquellen	43
6.2	Internetquellen.....	43
6.3	Abbildungsverzeichnis.....	44
7	<i>Anhang</i>	46
7.1	Interview mit Natasha Strobl.....	46
7.2	Selbstständigkeitserklärung.....	50

1 Definitionen und Radikalisierungsformel

1.1 Definitionen zum wissenschaftlichen Arbeiten

Um sich mit der Radikalisierung von sogenannten christlich-sozialen oder konservativen Volksparteien auseinandersetzen zu können, muss zunächst festgehalten werden, welche Merkmale und Eigenschaften jene Parteien überhaupt vorweisen müssen, um diesem Begriff gerecht zu werden. Diese auf den ersten Blick simple Fragestellung wird allerdings mit zunehmender Belesenheit immer mehr zum Problem: So gibt es unzählige Politikwissenschaftler*innen, die diesbezüglich komplett unterschiedliche Auffassungen vertreten. Um dieses komplexe Thema etwas zu entwirren, wird nun im Folgenden zunächst eine Definition für Volks- oder Massenpartei herausgearbeitet, anschließend werden einige der wichtigsten Merkmale und Kriterien für den Begriff „konservativ“ bzw. „christlich-sozial“ in parteilichem Zusammenhang genannt. Wenn bei einer Partei beide Kriterien (nach Definition Volkspartei und konservativ/christlich-sozial) zutreffen, kann man sich im Anschluss mit ihrer Verhaltensweise zu verschiedenen Aspekten der Radikalisierung auseinandersetzen.

1.1.1 Definition von Volks- oder Massenparteien

Auch in dieser Teilfrage gibt es unzählige Meinungsverschiedenheiten bei Politikwissenschaftler*innen. In dieser Arbeit wurde die Entscheidung getroffen, eine der am häufigsten zitierten Definitionen zu verwenden, jene Dolf Sternbergers. Diese lautet: Der Begriff „Volkspartei“ beschreibt eine Partei, die prinzipiell (um ein möglichst großes Wählerpotenzial zu erreichen) für alle Mitglieder, Weltanschauungen und Generationen der Gesellschaft offen ist (vgl. Von Beyne 1995, 392–393). Somit unterscheidet sie sich eindeutig von etwa Interessen- oder Klassenparteien.

1.1.2 Definition: Konservatismus

Konservatismus (von lat. conservare = erhalten) ist eine (meist) politische Strömung, die sich auf herrschende Traditionen stützt und das Hauptziel hat, die Gesellschaft in ihrer ursprünglichen Form zu bewahren. Als Gegenbewegung zur Aufklärung entstanden, setzt der Konservatismus auf Althergebrachtes: Die Stichworte lauten hier Identität, Sicherheit und Kontinuität (sowohl gesellschafts- als auch wirtschaftspolitisch). Dies äußert sich etwa darin, dass aus Sicht des Konservatismus in jeder funktionierenden Gesellschaft zwingend soziale Schichten existieren müssen, um Stabilität und Kontinuität zu bewahren. (vgl. Schiller 1995, 268).

Die Werte, die man im heutigen Alltag mit dem Begriff „konservativ“ verbindet (Industriepolitik, Kirche, Familie, ...) sind, wenn man sie mit dieser Definition vergleicht, also größtenteils schlüssig. Als Ausnahme wäre hier beispielsweise die Umweltpolitik zu nennen: So ist Klimapolitik der Definition nach eigentlich eindeutig bewahrend (insofern sie doch versucht, den ursprünglichen Zustand zu erhalten), doch herrscht heutzutage in vielen konservativen Parteien die Ansicht vor, es sei Priorität, unseren Lebensstandard zu halten (hier handelt es sich also um zwei konservative Elemente, die, zumindest schwierig, miteinander zu verbinden sind).

1.1.3 Verhältnis des Konservatismus zu anderen Ideologien

Der Konservatismus ist neben dem Liberalismus und dem Sozialismus eine der drei großen politischen Strömungen, die aus dem 19. Jahrhundert hervorgingen. Ideologisch gesehen liegt er konträr zum Sozialismus, da das oberste Ziel die Erhaltung der ursprünglichen Ordnung (Einschränkung der Freiheit) sowie der sozialen Klassen war. Der Sozialismus hingegen fordert genau das Gegenteil, also sowohl eine soziale Revolution als auch die neuerliche Verteilung von Gütern. Dem Liberalismus steht der Konservatismus allerdings nur zum Teil gegenüber: So betonen zwar beide Strömungen die Bedeutung von Privateigentum sowie das Prinzip der Leistungsgesellschaft, doch ist dem Konservatismus eine Art Antirationalismus beigemischt, welcher im Liberalismus so nicht vorkommt. Dies

äußert sich etwa bei Religions- und Traditionsfragen, wo sich die antirevolutionäre Haltung der Strömung widerspiegelt (vgl. Strobl 2021, 12).

1.2 Die Radikalisierungsformel

1.2.1 Der bewusste Regelbruch

Auch in der Politik gibt es Regeln. Vertreter des radikalisierten Konservatismus lehnen diese allerdings ab, seien sie formeller oder inhaltlicher Natur (Bsp. Verbot von nationalistischen Parteien, Verbreitung von Hetze) (vgl. Strobl 2021, 41–42). So nähert sich der Konservatismus erneut dem Liberalismus an, er geht sogar so weit, dass alle Mittel, die Menschen politisch beeinflussen oder auf eine Seite ziehen können, aus seiner Sicht erlaubt sein sollten. Dies mündet meistens in eine Art Kulturkampf, um zu emotionalisieren und das nächste Wahlergebnis zu sichern. Besonders oft werden hier die Regeln rund um die Meinungsfreiheit attackiert, oft auch in den sozialen Medien (bspw. Twitter mit Elon Musk) (vgl. Strobl 2021, 44–48). Hier schwingt insofern ein gewisser Sarkasmus mit, als gerade die Vertreter des Konservatismus oftmals an Moral und Gewissenhaftigkeit appellieren – zu Ende gedacht hieße das, dass sich sämtlicher politischer Diskurs auf Moral und nicht auf feste Spielregeln stützen sollte. Dabei liege es laut Strobl doch auf der Hand, dass, wie uns in den sozialen Medien nach US-amerikanischer Diskussionsrechtskultur Tag für Tag präsentiert wird, der tatsächliche Diskurs immer mehr in den Hintergrund gerät, Feindbilder ins Unendliche geschürt werden können und Hetze sowie verfassungsfeindliche Inhalte bei Ausbleiben einer starken Kontrolle (im staatlichen Falle die sogenannte wehrhafte Demokratie) immer weiter zunehmen (vgl. Strobl 2021, 49–52).

1.2.2 Kulturkampf: Polarisierung

Wie vorher festgestellt, ist der Konservatismus eine gesellschaftliche Strömung, die darauf bedacht ist, die aktuelle Lage der Gesellschaft mit ihren sozialen Klassen, Gruppen und Werten zu erhalten. Deutet sich nun eine Radikalisierung an, gilt dieses Prinzip nicht mehr. Vielmehr werden Gruppen immer wieder aktiv gegenübergestellt und so eine Spaltung der Gesellschaft bewirkt, wobei die jeweilige Partei stets vorgibt, im Namen einer ruhenden Mehrheit zu agieren (vgl. Strobl 2021, 53). Außerdem werden oftmals sogar Grundfragen symbolisch: Die Gesellschaft ist ständig im Kampf zwischen Gut und Böse gefangen – Zusammenarbeit kommt immer kürzer. Im Konservatismus folgt die Einteilung in Gut und Böse allerdings nicht – wie etwa im Nationalsozialismus – Rassenideologien, sondern meist dem Leistungsprinzip. So lauten jene Stichwörter „fleißig“ und „faul“. Ob es nun Gründe für „Faulheit“ gibt (etwa konjunkturelle Arbeitslosigkeit oder Krankheit), zählt nicht mehr. Diese Ansicht führt zwingend auch zu der politischen Position, den Sozialstaat schwächen zu müssen (da sämtliche „Faule“ schließlich Geld vom Sozialstaat beziehen), und zeigt auch eine Annäherung an die ursprünglich getrennte Ideologie des (Neo-)Liberalismus. (Strobl 2021, 53–74)

1.2.3 Kulturkampf: Exkurs Rechtspopulismus

Obwohl Populismus an sich kein Merkmal für die Radikalisierung einer Partei darstellt, ist es doch sinnvoll, ihn in dessen Kontext zu erörtern, gerade weil er ein oftmals genutztes Werkzeug ist, um etwa einen Kulturkampf zu initiieren. Außerdem muss vorweg erwähnt werden, dass nicht der Eindruck, nur Rechtspopulismus sei problematisch, erweckt werden sollte, vielmehr gibt es Linkspopulismus in konservativen Parteien so gut wie nicht.

„Unter Populismus versteht man eine von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogisch geprägte Politik mit dem Ziel, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.“ (Eismann 2002, 11)

Nun gilt es nur noch festzumachen, wie man Links- von Rechtspopulismus unterscheiden kann. Dazu heißt es:

Die „Volksnähe“, der Appell an ein Wir-Gefühl, an eine kollektive Identität, der immer auch mit Ausgrenzungen derjenigen verbunden ist, die nicht zu diesem Kollektiv gehören, die demagogische Vereinfachung komplizierter Verhältnisse, der Anti-Intellektualismus, vor allem aber die Verstärkung der Ängste und die Herausforderung der Führerpersönlichkeit, die die Lösung all der beschworenen Probleme übernehmen wird, sind einige der wichtigsten Elemente [des Rechtspopulismus]. (Eismann 2002, 12)

Wie sich bereits in der Definition abzeichnet, ist Populismus ein ausgezeichnetes Mittel, um zentrale Inhalte des radikalisierten Konservatismus zu ermitteln: Kulturkampf etwa, als es in der Definition heißt, die Ängste der Bevölkerung zu schüren, oder die schleichende Umstellung von den beiden klassischen Wahlperioden, Wahlkampf und Ruheperiode, zu Politik im dauernden Wahlkampfmodus.

1.2.4 Die Führungsposition

Um den Kulturkampf einigermaßen glaubhaft durchführen zu können, ist ein eigenes Vorbild vonnöten, welches den Menschen die richtige Art zu handeln und zu denken vorlebt. Diese Rolle wird oftmals in einer starken Führungsperson gefunden, die immer mehr Macht über die Partei in den eigenen Händen hat und es vermag, sämtliche Unruhen in der Partei zu kontrollieren und deren Linie zu ändern. Nun gilt im radikalisierten Konservatismus also ein anderes Prinzip: Nicht die Führungsperson muss zur Parteilinie stehen, sondern die Partei zur Führungsperson. Dies ist ein selbstverstärkender Prozess und nur möglich, wenn die Partei einmal gänzlich hinter der Person stand. Ist dies aber einmal geschehen, gestaltet es sich als schwierig, jene Person wieder loszuwerden: Denn will sich nun jemand aus welchem Grund auch immer als mögliche Alternative einbringen, weiß er sofort seine ganze Partei gegen sich (vgl. Strobl 2021, 74–75).

Paradoxerweise sind Zeiten, in denen solch eine Person an der Macht ist, oft für die Partei am ergiebigsten (vgl. Strobl 2021, 80). Ein weiterer Faktor, um die Führungsperson zu legitimieren, ist die Darstellung als Person, welche nicht im Eigeninteresse handelt. Um dies zu „beweisen“, muss der Person aber ein gar religiöses Image zugesprochen werden

(und einen Faktor, welcher jenes stützt). Typische Beispiele sind hier etwa Reichtum (da die Person durch diese Eigenschaft „immun“ gegen Korruption wird) oder Opferbereitschaft für die Nation (oftmals gezeigt durch unpopuläre Entscheidungen, für die jener Umfrageverluste verbucht und trotzdem vorgibt, im Wohle der Allgemeinheit zu handeln – also praktisch das Aussprechen von harten Wahrheiten. Somit verliert die Führungsperson, obwohl sie nur etwas Gutes tun will (vgl. Strobl 2021, 83–87). Nun ist es schwierig, festzustellen, ab wann eine Führungsperson wirklich führt. Einer der Faktoren, die wir später noch analysieren werden, ist die parteiinterne Struktur (wie stark die innerparteiliche Demokratie ausgebaut ist). Der Fokus wird außerdem auf eine mögliche identitäre Demokratie¹ und eine Scheinregierung² (= System, in dem Politik eigentlich nur von dem „Leader“ und seinen Beratern gemacht wird, also bspw. wenig Vorstöße von Ministern und anderen Parteifunktionären) gelegt (vgl. Strobl 2021, 76–81, 89–90).

1.2.5 Vormarsch auf die Institutionen

Richtig ernst wird es, wenn das demokratische System als solches beschädigt wird – vor allem wenn etwa Gerichte, Ausschüsse und das Parlament angegriffen werden. Dann bleibt es nämlich nicht mehr bei einer durch Inhalte gestalteten Wahlperiode – sondern es wird die Macht der derzeitigen Partei und deren Inhalte abgesichert. In diesem Fall geht die Exekutive gegen Judikative und Legislative vor. Im radikalisierten Konservatismus sind besonders beliebte Ziele etwa die Medien, die Gerichte, das Parlament und der Sozialstaat (vgl. Strobl 2021, 91–93).

Das Schwierigste bei Angriffen auf Institutionen ist, festzustellen, dass jene überhaupt attackiert werden. So wird heutzutage zwar keine konservative Partei die Rechte des Parlaments in Frage stellen, jedoch können bereits etwa rhetorische Mittel Institutionen vor große Probleme stellen, weil das Ansehen und damit das Demokratievertrauen in der Mitte der Bevölkerung schrumpft (vgl. Strobl 2021, 96–99).

¹ Identitäre Demokratie: Demokratie, die nur mehr zur Legitimation der Herrschenden dient, oft äußerlich durch eine Politik, die mit einer schweigenden Mehrheit begründet wird

² System, in dem Politik eigentlich nur von dem „Leader“ und seinen Beratern gemacht wird, also wenig bis keine Vorstöße von Ministern und anderen Parteifunktionären

1.2.6 Politik im permanenten Wahlkampfmodus

Das politische System in den meisten demokratischen Staaten sieht eine Wechselwirkung von zwei verschiedenen Phasen innerhalb der festgelegten Wahlperiode vor: Da wäre die Phase des Wahlkampfes mit der dazugehörigen Rhetorik, den Versprechungen und harten Forderungen. Nach dem Wahlkampf beginnen sich die Gemüter zu beruhigen, es werden Kompromisse eingegangen und auf Regierungsseite muss die Koalition zusammengehalten werden. Das Augenmerk liegt hier auf den tagesaktuellen Sachthemen (vgl. Strobl 2021, 110–111).

Im radikalisierten Konservatismus verschwimmt nun zunehmend die Grenze zwischen diesen Phasen: Die Phase des Wahlkampfes nimmt immer mehr überhand, man stellt sich bei vielen Fragen auch in Machtposition quer, statt den Diskurs zu suchen (vgl. Strobl 2021, 112). Dies kann sich auf verschiedene Art äußern, etwa im Umgang mit Medien. Um möglichst anzuecken und Spannung zu erzeugen, benötigt man ständige Präsenz (vor allem im Vergleich mit Opposition und politischen Gegenspielern). Um diese zu erreichen, werden ständig passende Themen gesucht, die in eben jenes Schema passen, also echte „Aufreger“. Die tatsächliche Wichtigkeit dieser Themen spielt nur mehr bedingt eine Rolle. Es zählt also nur mehr, ständig präsent zu sein, egal wie dieses Ziel erreicht wird (vgl. Strobl 2021, 113–121).

1.2.7 Parallelrealitäten

Ein weiterer Punkt, an dem sich eine Radikalisierung feststellen lässt, ist die Erschaffung sogenannter „Superfans“. Dieser etwas überspitzte Begriff bezeichnet nach Strobl Anhänger der Partei (zunehmend auch nur der Führungsperson), die nur mehr den Aussagen ihrer Idole Glauben schenken und somit den Bezug zum allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs verlieren (vgl. Strobl 2021, 124). Dieses Phänomen ist nicht neu, auch wenn das der Begriff und die Definition im ersten Moment vermuten lassen. Die Geschichte zeigt immer wieder, dass Menschen blindlings, aufgrund der Treue zu einer politischen Führungsperson in den Tod gegangen sind, besonders in den Zeiten des Feudalismus. Dazu konnte es nur kommen, weil dem Adel damals eine „heilige“, engelsgleiche gesellschaftliche Rolle zukam.

Um sich in der heutigen Zeit eine unerschütterliche Basis aufzubauen, greifen Vertreter des radikalisierten Konservatismus auf ein bereits erwähntes Phänomen zurück (siehe Kap. 1.3, Führungsperson „Erlöserstatus“). Obwohl sich die Zeiten laufend ändern, bleibt das Ziel, der Erlöserstatus, gleich. Vertreter des radikalisierten Konservatismus machen sich diese Wählerbasis, welche sie sich auf gerade erwähnte Weise aneignen, oft zunutze, um ihre eigene Version der Realität erschaffen. Auf diese Weise werden oftmals Probleme gelöst, die gar keine sind (siehe Kap. 1, Politik im permanenten Wahlkampfmodus), oder man inszeniert sich als Vertreter einer schweigenden Mehrheit (siehe Kap. 1, Polarisierung) (vgl. Strobl 2021, 131–135).

2 Paradebeispiel: Die Christlichsoziale Partei von 1918 bis 1933/34

Nach dem verlorenen Krieg 1918 sah sich die einst so mächtige Donaumonarchie im Chaos versunken: Der Wunsch nach Eigenständigkeit von Slowenen, Tschechen und vielen anderen Völkern war so groß wie noch nie. Mit ihr kamen auch nationale Themen wie Abschottung immer mehr in Mode – in allen Teilen der Donaumonarchie. Auch wenn die zwischen neuen und alten Ländern herrschenden Spannungen aufgrund zu tiefer wirtschaftlicher Verflechtungen nicht dauerhaft anhielten, führten sie zu Unruhen, auch in Österreich. Das Chaos hätte also nicht größer sein können. Um in diesem Umfeld noch vernünftig Politik zu betreiben, war Einheit vonnöten – gerade in der eigenen Partei. Eine Eigenschaft, die der damaligen Christlichsozialen Partei fehlte. Im Folgenden wird zunächst eine Einführung zur Partei gegeben sowie die Radikalisierung eben jener Partei an drei besonders entscheidenden Punkten Natasha Strobls analysiert.

2.1 Die Christlichsoziale Partei 1918

Nach der Entscheidung für die Republik war die Partei tief in sich gespalten – der Osten beharrte auf dem ehemaligen Traum des Siegfriedens, der Westen wirkte

aufgeschlossener und unterstützte die neue Regierungsform zunehmend. Zunächst musste der Westen aber nachgeben, da der Vorsitzende der Partei, Prinz Alois Liechtenstein³, ein klarer Befürworter der Monarchie war. Als sich aber schließlich zunehmend die Landbevölkerung sowie die Mittelschicht der Großstädte von den Prinzipien Monarchie und Feudalismus abwandten, musste man für das nötige Wählerpotenzial die Parteilinie schlagartig ändern und einen anderen Kurs einschlagen – worauf Prinz Alois Liechtenstein aus Protest zurücktrat. Ihm folgte zunächst sein Stellvertreter aus Oberösterreich Nepomuk Hauser⁴, bevor Leopold Kunschak⁵, Führer der christlichen Arbeiterbewegung, dem politischen Klima entsprechend folgte (vgl. Kriechbaumer 2017, 137).

Für diese Arbeit ist vor allem die politische Position 1919 unter Hauser – später vor allem Kunschak – mit dem damals neu ausgearbeiteten Wahlprogramm interessant, auch weil Ignaz Seipel damals als Unterstützer des Programms galt. So enthielt das Programm zwar viele klassisch konservative Themen – etwa in Familien-, Schul- oder kirchlichen Fragen. Doch beendete es ebenfalls die letzten Widerstände im Osten gegen die frischgebackene Republik und forderte etwa sogar die Gründung von Handels-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammern, eine Landreform und die Beschränkung von Großgrundbesitz. So positionierte sich die Partei 1919 im Unterschied zu den damaligen Sozialdemokraten und Deutschnationalen als klassische Volkspartei und feierte im Anschluss nach kleineren anfänglichen Problemen immer größere Erfolge. So gelang es ihr nach zwei langen Jahren der Unruhen (mit Minderheitsregierung), 1921 mit der Deutschnationalen Fraktion die erste wieder stabile Regierung (schon unter Seipel) zu etablieren. Ignaz Seipel⁶ war es auch gewesen, der die Christlichsozialen zu einer vermochte und sie als staatstragende Partei etablierte (vgl. Kriechbaumer 2017, 139).

Den Wendepunkt zwischen dem Parteiprogramm 1919 und dem für uns interessanten Wandel findet nun ebenfalls in der Ära Seipel statt. Es wäre unseriös, ein festes Datum zu nennen, da der Übergang fließend erfolgte. In dieser Arbeit fiel die Entscheidung auf das „Offensichtlichste“: das Wahljahr 1927. Als Seipel von seiner Auszeit 1924–1926

³ Prinz Alois Liechtenstein (1846 – 1926): Vorsitzender der Christlichsozialen Partei 1918

⁴ Nepomuk Hauser (1866-1927): Vorsitzender der Christlichsozialen Partei 1918-1920

⁵ Leopold Kunschak (1871-1953): Vorsitzender der Christlichsozialen Partei 1920 - 1921

⁶ Ignaz Seipel (1876-1932): Zentrale Schlüsselperson der Christlichsozialen Partei, Bundeskanzler Österreichs 1922-1924, 1926-1929, Bundesparteivorsitzender der Christlichsozialen Partei 1921-1930

zurückkehrte (ihm war das Vertrauen in der eigenen Partei entzogen worden, nachdem er den mächtigen Bundesländern das Budget kürzen hatte wollen), entwickelte er eine neue Strategie – so bildete er eine Einheitsliste mit Großdeutschen und Nationalsozialisten und verstärkte zunehmend das absolute Feindbild des „Marxismus“ mit den Sozialdemokraten als Hauptgegnern. Im folgenden Absatz werden das Wahlprogramm 1919 und die Regierungsperiode 1919–1921 mit dem Wahlprogramm 1926 und der 1926 beginnenden Amtsperiode besprochen. Trotzdem erfolgt auch eine Auseinandersetzung mit Ereignissen nach Seipel, sprich: dem Österreichischen Staatsstreich, auch weil Seipels Dominanz in Österreich nicht nur prägend, sondern auch Voraussetzung für den Ständestaat war (vgl. Kriechbaumer 2017, 140).

2.2 Analyse

2.2.1 Kulturkampf: Polarisierung

Im Wahlprogramm von 1919 präsentierte sich die Christlichsoziale Partei eindeutig als Volkspartei – und setzte auf Zusammenarbeit. So stimmte sie sich zwar mit ihrem traditionellen bürgerlichen Image ab – indem sie etwa den damals vorherrschenden Antisemitismus per se förderte und das konservative Familienbild unterstützte. Gleichzeitig forderte sie aber auch die Gründung von Arbeiterkammern und versuchte den Landgroßbesitz zu begrenzen (vgl. Pelinka 2017, 77). Gerade letztere Forderung spricht klar gegen die konservative Parteilinie. Des Weiteren war die Partei (zumindest größtenteils) auf Ausgleich und Beruhigung bedacht – auch um die „große Revolution“ zu verhindern. Man hielt zwar ebenfalls Kontakte zu den starken Wehrverbänden „Orgesch“ und „Orka“ in Bayern, aber hauptsächlich, um im Falle eines Abdriftens der Sozialdemokraten nach links schlagkräftig gegen diese vorgehen zu können (vgl. Kriechbaumer 2017, 138).

Spätestens 1927 hatte sich die Partei allerdings komplett gewandelt, versuchte sie doch mit Großdeutschen und Nationalsozialisten eine Einheitsfront zu bilden. Das gesuchte Opfer der neuen Front fand sich schnell – die Sozialdemokraten, standen sie dem Konservatismus sowie dem Nationalismus ideologisch doch diametral gegenüber (vgl.

Strobl 2021, 10–12). Besonders stark äußerste sich dieser Gegensatz in der zunehmenden Annäherung an die Heimwehr, eine ursprünglich bürgerliche, aber doch eigenständige Miliz, in welcher der Schlüssel für eine Verteidigung gegen die an Popularität gewinnende Sozialdemokratie gesehen wurde (vgl. Kriechbaumer 2017, 138–139). (Dieser Vorgang gipfelte schließlich 1927, als ein Geschworenengericht drei Mitglieder der Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreich (eine Miliz der Deutschnationalen), die einen kroatischen Hilfsarbeiter und ein sechsjähriges Kind erschossen hatten, freisprach (das sogenannte „Schattendorfer Urteil“), was zu einem Aufstand und dem berüchtigten Justizpalastbrand (15. Juli 1927, mit fast 100 Toten) führte (vgl. Pelinka 2017, 127).

2.2.2 Führungsperson

Auch die gesuchte Führungsperson ist schnell gefunden – wie bereits beschrieben, handelt es sich um Ignaz Seipel. War er zwar schon 1919 die graue Eminenz der Christlichsozialen, gab es in dieser Phase doch Machtkämpfe und verschiedene Lager (Republikaner gegen Monarchisten). Mit seinem Aufstieg aber verstummten zunehmend sämtliche oppositionellen Stimmen innerhalb der eigenen Partei – sie machte sich sogar abhängig von ihm. So gab es bis 1924 noch sporadisch Widerstände – besonders von den mächtigen Landeshauptmännern⁷ –, bis er 1924 sogar zurücktreten musste, als er umfangreiche Sparmaßnahmen bei den Landeshaushalten ankündigte. Die Abhängigkeit der Partei wurde aber spätestens bei der nächsten Wahl 1927 spürbar – als man ihn als Retter zurückholen musste, der die Partei erneut einen sollte, nachdem die Partei nach innen nicht mehr geschlossen war. Außerdem beeinflusste er die Parteilinie nach Belieben – forderte er 1921 noch sozialpolitische Aufbesserungen, hatte sich seine Einstellung 1927 komplett geändert. Er konzentrierte sich zunehmend auf eine Schwächung des Sozialstaats, um ja nicht in den Verdacht des linken Gedankenguts zu kommen. Schlussendlich war er sogar so mächtig und essenziell für seine Partei, dass er 1931 (ein

⁷ Hier wurde bewusst nicht gegendert, da es nur Männer waren.

Jahr vor seinem sich schon abzeichnenden Tod) – noch einmal mit der Regierungsbildung beauftragt wurde (vgl. Kriechbaumer 2017, 138–140).

2.2.3 Vormarsch auf die Institutionen

Um den Umbau der staatlichen Institutionen zu beobachten, ist man gezwungen, in der Geschichte etwas voranzugehen, da sich Ignaz Seipel, so sehr sich auch andere Anzeichen für radikalisierten Konservatismus finden lassen, stets als Beschützer der staatlichen Institutionen inszenieren ließ (Wobei umstritten ist, ob er das auch tatsächlich war). Trotzdem förderte Seipel auch die an Popularität gewinnenden paramilitärischen Verbände, was ebenfalls schon als Angriff auf das existierende politische System betrachtet werden kann. Das zeigte sich nicht nur an den exorbitant hohen Mitgliederzahlen der Verbände, sondern auch an einem Putschversuch, der 1931 von dem steirischen Heimwehrführer Walter Pfriemer begangen wurde, welcher allerdings aufgrund mangelnder Unterstützung der anderen Landesverbände und der schnellen Alarmierung von Bundespolizei und Militär nicht erfolgreich war (vgl. Pelinka 2017, 128). Seipel stand damit insofern in Verbindung, als sich die Gründung und der starke Zulauf der Organisationen besonders auf das Feindbild des Kommunismus, welches Seipel ab 1926/27 zunehmend schürte, stützte (vgl. Litkult, o.J.). Dies lässt sich vor allem mit verbalen Attacken begründen:

Er, der in der allerletzten Phase der Monarchie noch kaiserlicher Minister gewesen war, der seine Partei 1918 und 1919 auf Republikkurs gebracht und wesentlich zum Verfassungskonsens 1920 beigetragen hatte, begann nun vermehrt von der „wahren Demokratie“ und der „wahren Republik“ zu sprechen. Das war die Tonart, die die in Wehrverbänden organisierten, politisch rechts stehenden ehemaligen Soldaten hören wollten [...]. (Pelinka 2017, 127)

Der richtige Staatsumbau begann erst 1929: Als letztes Hoffnungszeichen der Demokratie arbeiteten beide Großparteien historisch noch einmal zusammen und schufen ausgerechnet ein Gesetz, welches das politische System, das bis dahin geherrscht hatte, nachhaltig veränderte: Mit der Verfassungsreform 1929 wurde das zentrale Organ der

Demokratie, das Parlament, geschwächt und die Kompetenzen der Exekutivorgane, die Bundesregierung, aber vor allem die Rechte des Bundespräsidenten massiv gestärkt: Das Recht den Bundeskanzler zu ernennen, den Nationalrat aufzulösen, Minister zu entlassen, der Oberbefehl über das Bundesheer etc. machten aus der parlamentarischen Demokratie eine demokratisch-präsidentielle Republik (Jasch 2011, 52-54).

Obwohl aus heutiger Sicht das Recht, den Bundespräsidenten direkt wählen zu können, ein voller Erfolg war, übersah man eine Notverordnung aus dem Ersten Weltkrieg, welche es Dollfuß schließlich erlauben sollte, die Republik ins Chaos zu stürzen:

Die Regierung Dollfuß verbot – ohne Rechtsgrundlage, mit der Berufung auf das aus der Monarchie stammende „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“, das von der Regierung als Rechtfertigungshilfe und Vorwand bei der Ausschaltung des Nationalrates herangezogen worden war, weitere Landtags- und Gemeinderatswahlen. (Pelinka 2017, 129)

2.2.4 Politik im permanenten Wahlkampfmodus

Auch im Alltag der Österreicher*innen fand wenig Austausch zwischen den beiden großen Lagern, Christlichsozialen und Sozialdemokraten, statt. Das lässt sich an den Polarisierungsstrategien, etwa den Wahlplakaten der Parteien zeigen.



Abb. 1: Demokratiewebstatt, 02.02.2024

Auch hier ergibt sich ein bekanntes Bild: So wird das Land in eine Abwärtsspirale hineingedacht, der Gegner ist, wie so oft, die Sozialdemokratie, sowie das Judentum (die Legende der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung). Noch eindeutiger als in Abb. 1 kann die mangelnde Bereitschaft für gesellschaftlichen Zusammenhalt wohl gar nicht beschrieben werden. Außerdem wurde mit genau diesen Plakaten die Dolchstoß-Legende (ein Mythos, welcher der Sozialdemokratie die Schuld für die Kriegsniederlage zuschreibt; vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), kein Datum) zusätzlich befeuert, was als Beispiel für die Übernahme von Rechtsaußen-Themen betrachtet werden kann. Spätestens als Ignaz Seipel 1927 mit Großdeutschen und Landbund eine Einheitsliste gründete, war der Glaube an eine konsensfähige Regierung nicht mehr tragfähig. So nahm die Polarisierung ins Unermessliche zu, der Diskurs verabschiedete sich zunehmend von Fakten und begann sich dem klassischen Links-Rechts-Spektrum anzunähern. Diese Entwicklung setzte sich kontinuierlich bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraums fort. (Weissensteiner 1990, 188–189)

3 Die ÖVP unter Sebastian Kurz

Es muss darauf hingewiesen werden, dass politische Quellen über aktuelle kontroverse Themen nie neutral sind, zumal der Kontext in diesem speziellen Fall erst wenige Jahre zurückliegt (was meist dazu führt, dass besonders starke Kritiker die ersten Werke herausgeben, um auf aus ihrer Sicht bestehende Verfehlungen und Mängel hinzuweisen). Um dem Verdacht, politisch meinungsbildende Inhalte zu veröffentlichen, zu entgehen, wurde – obgleich die Heterogenität und Menge der Literatur noch überschaubar ist – versucht, auf möglichst viele Quellen einzugehen und diese möglichst eigenständig wiederzugeben und zu prüfen bzw. zu ergänzen, falls sinnvoll.

3.1 Die Ausgangslage 2011

Nach dem überraschenden Rücktritt Josef Prölls⁸ war in der Parteizentrale der Volkspartei Krisenstimmung angesagt: So war gerade nicht nur der letzte große Hoffnungsträger der Partei abhandengekommen, sondern die Partei wurde zusätzlich auch noch von Korruptionsskandalen (etwa Ex-Innenminister Ernst Strasser⁹, welcher Bestechungsgelder von als Lobbyisten getarnten Journalisten angenommen hatte) verfolgt und befand sich infolgedessen in einem historischen Umfragetief. Der neue Parteiobmann, der auf Pröll folgte, Michael Spindelegger¹⁰, begann mit der Neubesetzung einiger Staatssekretäre und Ministerien. Dazu gehörte auch Sebastian Kurz, damaliger Bundesvorsitzender der jungen Volkspartei, der mit Alexander Melchior¹¹ zum Staatssekretär für Integration bestellt wurde (vgl. Knitterfelder, 2020, 20–25).

3.2 Analyse

3.2.1 Führungsperson

Als Sebastian Kurz 2011 angelobt wurde, ahnte man nicht, dass die Volkspartei im damaligen Zustand wieder in den Griff eines Führungszirkels kommen könnte. Im Gegenteil: Historisch war die ÖVP eigentlich eine ausgewogene Macht, was auch auf der Tatsache beruhte, dass sich die Konservativen meist als Verfechter des Föderalismus und Förderer kleiner Gemeinden inszenierten. Somit hatten es Revolutionäre schwer, ihre Macht zu halten, da sich die Basis der Partei meist stärker auf die mächtigen Landeshauptleute als auf die Führung der Bundespartei stützte. Noch absurder war es aus damaliger Sicht, dass die nächste Führungsperson ausgerechnet Sebastian Kurz heißen sollte. Direkt nach seiner Angelobung als Staatssekretär unter Spindelegger entfachte sich ein regelrechter Shitstorm in den sozialen Medien, da die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten, wie damalige Umfragen zeigen, dem damals 24-jährigen Jura-

⁸ Josef Pröll (*1968): Vizekanzler Österreichs 2008-2011

⁹ Ernst Strasser (*1956): Bundesminister für Inneres Österreichs 2000-2004

¹⁰ Michael Spindelegger (*1959): Bundesparteiobmann der ÖVP und Vizekanzler Österreichs 2011-2014

¹¹ Alexander Melchior (*1981): Nationalratsabgeordneter der ÖVP seit 2019

Studenten die Kontrolle über das Amt des Integrationsstaatssekretärs nicht zutrauten (vgl. Knitterfelder 2020, 20–35).

Dass sich der Führungszirkel um Sebastian Kurz überhaupt bilden konnte, verdankt man dem bis heute geheimnisvollen „Projekt Ballhausplatz“:

2016 entwickelt [Sebastian Kurz] den Plan, wie er den Kanzler von der SPÖ zurückgewinnen kann. Der [...] Plan besteht aus drei Etappen:

- 1. Parteichef werden und die Koalition mit der SPÖ beenden*
- 2. Mit Strache und der FPÖ an die Macht kommen*
- 3. Die Macht absichern und die Alleinherrschaft übernehmen (Pilz 2021, 44)*

Damit sind die groben Punkte bereits umrissen, doch Planung und Umsetzung liegen in der Politik meist weit auseinander. Wie also gelang es politischen Newcomern, sich an die Parteispitze zu setzen und den Wählerstrom zu ihren Gunsten zu lenken?

Dazu beschreibt Pilz einige der wichtigsten Faktoren, wie der ÖVP der erhoffte Aufschwung gelingen sollte:

Zunächst müsse sich die ÖVP von einer System- zu einer Protestpartei wandeln, sich inhaltlich an die FPÖ annähern und im Zuge dessen vor allem auf Konfrontation mit Brüssel setzen. Kurz wolle sich so außerdem die Flüchtlingskrise zunutze machen und sich damit von der in der Bevölkerung in Ungnade gefallenen Sozialdemokratie absetzen. Obwohl es fast unmöglich scheine, eine Partei, die mehr als 30 Jahre durchgehend staatstragend war, als Systemgegner und Kritiker zu etablieren, gestaltete sich der Imagewechsel mittels Reframings (Umdeutung) unerwartet leicht: So wurde das traditionelle Schwarz als Parteifarbe abgelöst, Aussagen über politische Inhalte wurden zunehmend verallgemeinert, das Interesse anschließend auf die „neuen Kernthemen“ Migration und Familie gelenkt und die Werbetrommel für die Partei mit Fokus auf Kurz gerührt, welcher einfache und angenehme Lösungen für komplexe Themen anbot (siehe ergänzend Kapitel 1.2.4. Populismus) (vgl. Pilz 2021, 44–49).

Einige Beispiele folgen:

„Das Versprechen des Neubeginns druckte die ÖVP auch auf Plakate: Ein neuer Stil. ‚Es ist Zeit‘, [...] ‚Wahrheiten wieder aussprechen‘ oder ‚Wieder auf Österreich schauen‘ erinnerten an FPÖ-Slogans der letzten 30 Jahre“ (Strobl 2021, 79).

Zu dieser Zeit entwickelte Kurz außerdem sein Erfolgsrezept der Kommunikation: das Message-Controlling, also das Konzept, sämtliche Themen mit der Kernbotschaft der Partei in Verbindung zu bringen:

Sebastian Kurz beherrscht das [News Cycling] wie kaum ein anderer: Egal bei welchem Thema, Kurz stellt immer einen Bezug zu seinem Lieblingsthema her, seit 2015 ist das Migrationspolitik. Bildungspolitik? Problem ist der Anteil von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache. Sozialpolitik? Familienbeihilfe für Kinder im Ausland kürzen. Covid Zahlen steigen nach dem Sommer? Kurz schließt wieder einmal die Balkan-Route. (Strobl 2021, 120)

Das „Projekt Ballhausplatz“ war trotz allem keinesfalls ein Selbstläufer, im Gegenteil, es gab anfangs ernstzunehmende Schwierigkeiten. So traten, als Kurz 2016 die Zeit für den Start seiner ersten Phase gekommen sah, gleich mehrere Probleme auf: Zu seinen Gunsten gedrehte Umfragen blieben erfolglos, persönliche Gespräche mit Landeshauptmännern über die parteiinterne Absetzung von Mitterlehner¹² (damaliger ÖVP-Vorsitzender) liefen ins Leere, weswegen dieser sich partout gegen einen Koalitionswechsel zur FPÖ – wie von Kurz gewünscht stellte – und sich sogar noch schärfer als Kern¹³ (damaliger Vorsitzender der SPÖ) von den Freiheitlichen abgrenzte. Nur mit der Hilfe eines anderen mächtigen Regierungsmitgliedes gelang ihm schließlich der Durchbruch: Wolfgang Sobotka. Mit dem damaligen Innenminister gründete er einen zweiten Machtzirkel innerhalb der eigenen Partei, welcher sogar Meetings und Besprechungen außerhalb der offiziellen Termine durchführte. Den endgültigen Entschluss zum Rücktritt fällte Mitterlehner allerdings erst, als der Zirkel um Sobotka und Kurz nach wochenlangen Verhandlungen über Asylrecht aus freiem Himmel eine Forderung nach einem Gesetzentwurf, welcher die Versammlungsfreiheit einschränken sollte, stellte und damit nicht nur die ÖVP, sondern auch ihn selbst vor Kern und der gesamten Bevölkerung bloßstellte.

Auch die Reaktion auf den Rücktritt war von Kurz bereits detailreich geplant worden: Er gab sich überrascht und knüpfte seine Kandidatur für den Parteiobmann ausschließlich an

¹² Rheinhold Mitterlehner (*1955): Vizekanzler Österreich 2014-2017, ÖVP

¹³ Christian Kern (*1966): Bundeskanzler Österreichs 2016-2017, Parteivorsitzender der SPÖ von 2016-2018

höchste Freiheit bei der Besetzung von Parteilisten und der Gestaltung des Wahlprogramms. Damit war Kurz als Führungsperson der Partei mit seinem engsten Kreis fest im Sattel (vgl. Pilz 2021, 52–60).

3.2.2 Kulturkampf: Inhalte und politische Richtungsweisung unter Sebastian Kurz

Wenn man auf die politische Orientierung von Sebastian Kurz blickt, stößt man dauernd auf sein Kernthema: Migration. So entwickelt sich die ÖVP unter Kurz zu einer Partei, die inhaltlich immer näher an die FPÖ heranrutscht: Ständig wurde versucht, die Lösung auf vielfältige Probleme in einer gescheiterten Migrationspolitik der SPÖ zu finden und die Sozialdemokratie als absoluten Feind der Partei zu etablieren.

Um das glaubhaft vermitteln zu können, setzte Kurz auf Kollegen aus seinem engsten Zirkel:

- *Stefan Steiner*: Der für die österreichisch-politischen Entscheidungen in der Ära Kurz wichtigste Mann war zynischerweise kein Politiker, sondern agierte ausschließlich im Hintergrund, als Berater. Er kann als der Ersteller sämtlicher Parteiprogramme unter Kurz und Vordenker politischer Entscheidungen über die Ausrichtung der Partei gesehen werden (vgl. Knittelfelder 2020, 34–38).
- *Gerald Fleischmann*: Der oberste Kommunikationsberater und Erfinder der Message Control übernahm ebenfalls eine essenzielle Rolle im System Kurz. Früher Rockmusiker, meisterte er nun die direkte Kommunikation aus dem Kanzleramt (vgl. Knittelfelder 2020, 78).
- *Philipp Maderthaner*: Nach Kommunikation, Programm und Medien ist außerdem Marketing ein unerlässlicher Bestandteil der neuen Volkspartei. So stammt etwa die Idee für den Designwechsel (Türkis statt Schwarz) und die Inszenierung als Protestpartei von ihm (vgl. Knittelfelder 2020, 133).

Mit diesen (und noch weiteren) engsten Vertrauten gestaltete Kurz die politischen Programme und festigte seine Position noch weiter (vgl. Knittelfelder 2020, 134).

Im Gegensatz zu Mitterlehner, welcher stets den Ausgleich suchte und sich als Brückenbauer inszenierte, versuchte man zunehmend, mit Gefühlen (vor allem Angst) Wahlkampf zu betreiben. Die Spaltung der Gesellschaft wurde an der Achse der

Zuwanderung betrieben, also eine Einteilung in „gute Österreicher“ und „böse Zuwanderer“ (vgl. Brandstätter 2019, 145).

Nach der Definition dieser Arbeit in Kapitel 1 ist hier also eindeutig eine Übereinstimmung vorhanden: So wird hier sogar nicht nur in „fleißig“ und „faul“ eingeteilt, sondern es findet sogar eine Einteilung nach Ethnien statt (was allerdings laut Strobl schon fast nationalistische Züge erkennen lässt). Ob dies allerdings so feststellbar ist, sei dahingestellt, denn es muss bemerkt werden, dass durchaus eine Korrelation zwischen Zuwander*innen – Österreicher*innen und der gängigen Definition von „fleißig“ und „faul“ im politischen Tagesgeschäft besteht. So machten 2022 laut dem Bundesministerium für Arbeit Menschen aus Drittstaaten 48,6% der Sozialhilfeempfänger aus, während Österreicher*innen nur für ca. 42 % der Empfänger stehen, obwohl der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund nur bei 19% lag (vgl. Sozialministerium, 2022, 17). So könnte man die Achse Zuwanderung wieder einmal auf das Leistungsprinzip zurückführen.

Wer nach wesentlichen politischen Inhalten außerhalb der Kernthemen (Migration, Familie) in der Ära Kurz sucht, wird laut einigen Journalisten wie etwa Helmut Brandstätter (ehemaliger Chefredakteur und Herausgeber des „Kurier“) überhaupt nicht fündig werden. So seien sogar Punkte ins Wahlprogramm gelangt, die eher als Ablenkung für ein zu schlankes Wahlprogramm gedacht waren, gerade im Verkehrs- und Innenministerium:

Und so entstand Kickls Reitertruppe, von Anfang an eine teure Schnapsidee, aber eine, die die Medien beschäftigte. Mit Tempo 140 [...], oder bei rechts abbiegen wollte Norbert Hofer zur [...] [Beschäftigung] [...] der Medien beitragen.
(Brandstätter 2019, 98)

3.2.3 Mediale Inszenierung

Obwohl Interventionen der Politik in die meinungsbildenden Medien in Österreich eine lange Geschichte haben und von nahezu allen bedeutenden Politikern (Schüssel, Faymann ...) in irgendeiner Art eingesetzt wurden, sticht die Art und Weise der Intervention der ÖVP unter Sebastian Kurz hervor. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich: das

von der Regierung selbst verabschiedete Werbebudget, das Öffentlichkeitsarbeit-Team des Kanzlers und das Presseförderungsbudget (Pilz 2021, 90–91).

Obwohl es laut Pilz nichts Neues ist, dass Regierungen in Zeitungen selbst Werbung schalten und so hoffen, ihre eigene Botschaft in der Bevölkerung bekannt zu machen, nimmt die Förderung unter Kanzler Kurz ein ganz neues Ausmaß an. Dazu kommt noch, dass sich die Zeiten für die großen Printmedien geändert haben: Waren Inserate in Zeitungen vor der Wirtschaftskrise 2008 ein wohlbegehrtes und teures Gut, sind heute viele Printmedien auf staatliche Werbung und Presseförderung angewiesen, um vernünftig wirtschaften zu können. So wurde für 2020 ein Gesamtbudget in der Höhe von 222 Millionen Euro für Werbung veranschlagt, das Bundeskanzleramt zahlte allein für Inserate – nur für den Kanzler! – 21 Millionen Euro, während die Ausgaben für Inserate im Gesundheitsministerium inmitten der Covid-19-Pandemie nur etwa 370.000 Euro ausmachten (vgl. Pilz 2021, 93).

Auf diese Weise verdoppelte die Kurz-Regierung den Werbe-Etat auf 45 Millionen Euro pro Jahr für Inserate (geltend für alle Ministerien zusammen) (vgl. Strobl 2021, 108).

Dadurch erhöhte sich nicht nur die Sichtbarkeit der Regierung, sondern auch die Abhängigkeit von dieser. Das gab sogar Wolfgang Fellner im Gespräch mit Sobotka in seiner eigenen Live-Sendung „oe24“ zu:

Im Dezember sitzt Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei Wolfgang Fellner im oe-24 Studio. Sobotka stellt gleich klar: „Erstens habe ich nie Spenden genommen, [...]“. Fellner unterbricht: „Dann halt Inserate, oder wie auch immer Sie das bezeichnen.“ Sobotka [...]: „Naja, Sie kennen ja [ihr Geschäft], fürs Inserat gibt's ein Gegengeschäft, oder?“ Fellner versteht ihn: „Ja, natürlich.“ (Pilz 2021, 94)

Auch das Medienteam des Bundeskanzlers lief auf Hochtouren: So standen Kurz über 81 Mitarbeiter*innen für Medienarbeit zur Verfügung (zum Vergleich: in der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sind derzeit 40 Staatsanwält*innen beschäftigt) (vgl. Pilz 2021, 95).

Am stärksten allerdings äußerte sich die zunehmende Abhängigkeit der Medien im Umgang mit dem Presseförderungsbudget. So setzte die ÖVP die Macht über den Förderungskuchen immer wieder ein.:

„Aber Sie haben ja ein eigenes Hirn.“ Mit diesem Satz überrascht Kanzler Kurz die Journalistin Alexandra Wachter, die ihn für Puls 4 zur EU fragt und [...] [seine Rhetorik nach Brüssel in Frage stellt] [...]. Die [...] [Zurechtweisung des Kanzlers] [...] ist peinlich. Aber was folgt, ist wichtiger: Die Passage wird aus dem Interview geschnitten. APA [Austrian Press Agentur] und Tageszeitungen berichten über „Interventionen aus dem Kanzleramt“. [...] Mit Presseförderung und Regierungsinseraten haben Kurz und sein Medienteam wichtige Zeitungen im Griff. (Pilz 2021, 90)

3.2.4 Bewusster Regelbruch

Unter der Kurz-ÖVP fand eine Vielzahl von prominenten (bewussten) Regelbrüchen statt. So überschritt die Volkspartei 2017 das Wahlkampfbudget um fast die Hälfte:

Statt der erlaubten 7 Millionen gab die Partei fast 13 Millionen Euro aus. Das brachte ihr einen enormen Wettbewerbsvorteil. Bei den Wahlen konnte sie ein sattes Plus von 7,48 Prozentpunkten verzeichnen. [...] Aufgrund dieses Stimmengewinns erhielt die ÖVP in der nächsten Legislaturperiode eine höhere Parteiförderung. [...] [Zwar musste sie] eine Strafe von 800.000 Euro zahlen, aber unter dem Strich hat sich der Verstoß sogar rein finanziell gelohnt. (Strobl 2021, 43)

Zudem begann die Volkspartei zunehmend auf informelle Regeln zu verzichten: Fehler wurden immer seltener zugegeben, rhetorische Mittel wie etwa das Argumentum ad misericordiam (also die Emotionalisierung und der Verweis auf Mitleid, obwohl es die Debatte nicht betrifft) immer stärker eingesetzt.

Die größten (auch strafrechtlich verfolgten) Regelverstöße erfolgten allerdings sicher nach der Causa Ibiza auf die WKStA (Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft), was auch der Grund für die Eingrenzung dieses Kapitels ist; im Folgenden wird darauf im Detail eingegangen.

3.2.5 Der Kampf um die Institutionen

Der Angriff gegen staatliche Institutionen spielte in der Ära Kurz lange eine untergeordnete Rolle, vermutlich weil das System Kurz bis dato auch ohne Eingriffe funktioniert hatte.

Das änderte sich, als das sogenannte Ibiza-Video¹⁴ veröffentlicht wurde. Nachdem das Ibiza-Video die schwarz-blaue Koalition gesprengt hatte und die WKStA (Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft) anfang zu ermitteln, begann die ÖVP offensiv gegen die FPÖ zu schießen und sah sich selbst als das alleinige Opfer. Gleichzeitig begann die Sorge zu wachsen, dass die WKStA nicht nur in Richtung der FPÖ, sondern auch in Richtung der Volkspartei ermitteln würde. Eine Sorge, die sich als begründet erweisen sollte: Es dauerte nicht lange, bis sich die Affäre auf die ÖVP ausgeweitet hatte und mit Thomas Schmid ein sehr enger Vertrauter von Kurz ins Visier der Staatsanwaltschaft genommen wurde. Damit war laut Pilz für die Partei klar, dass sie die WKStA in ihrer Arbeit behindern musste, wenn die Regierung an der Macht bleiben wollte. Der erste Schritt folgte rasch: Die Gründung einer türkisen SOKO Ibiza sollte der Staatsanwaltschaft den Fall teilweise entziehen, um Skandale zu verhindern. Als die WKStA weiterermittelte, weil sie ein eigenständiges Organ ist, welches unabhängig handeln soll, begannen Vertreter der Volkspartei mit einer Protestwelle und behaupteten, die WKStA behindere die SOKO in ihrer Arbeit (vgl. Pilz 2021, 190–192).

Daran beteiligte sich laut Pilz auch der Kanzler persönlich in einem „Hintergrundgespräch“ mit „vertrauenswürdigen Journalisten“:

Kurz sitzt in der Parteiakademie der ÖVP in seinem Heimatbezirk Meidling in der Journalistenrunde und verbreitet eine klare Botschaft: Die WKStA sei ein „Netzwerk roter Staatsanwälte, das gezielt gegen ÖVP-Politiker vorgehe und Akten nach außen spiele“. Der Inhalt des Gesprächs ist vertraulich – und wenige Tage später in ganz Österreich zu lesen. (Pilz 2021, 192)

¹⁴ Ein Video, welches den damaligen Vizekanzler Strache (FPÖ) mit seinem wichtigen Parteikollegen Johann Gudenus im Gespräch mit einer angeblichen russischen Oligarchin zeigt, um die Übernahme der Kronen-Zeitung (die größte und wichtigste Tageszeitung Österreichs) zu besprechen und darüber zu reden, wie man diese in Zukunft einsetzen könnte, um die Freiheitlichen bei kommenden Wahlen zu unterstützen.

Damit beschädigte Kurz nicht nur das Vertrauen in die Institution immens, sondern hob seine Polarisierungen auf ein neues Level: Nun unterstellte er dem Feindbild auch illegale Aktionen.

Nachdem die Staatsanwaltschaft im Folgenden sofort eine Anklage gegen „unbekannt“ (da Kurz auf Nachfrage nur sagte, er habe von „Journalisten“ zugespielt bekommen, dass die Staatsanwaltschaft Akten illegal herausgegeben habe, jedoch ohne konkreten Fall, Person oder Jahr) erstattet hatte, die 2021 aus Mangel an Beweisen eingestellt wurde, wurde ironischerweise entdeckt, dass die ÖVP selber unter der Hand vertrauliche Dokumente an ihre Anwälte verteilt hatte (dies flog auf, als der Richter seine Version der Akten mit einem Volkspartei-Wasserzeichen mit der Aufschrift „ÖVP eingeschränkt“ vorfand).

Trotzdem führten die Anschuldigungen der ÖVP laut Strobl zu einer Debatte über die Unabhängigkeit der Justiz und beschädigten das Vertrauen in den Rechtsstaat sowie die WKStA in der Bevölkerung.

Neben der WKStA stand in der Ära Kurz auch der Sozialstaat stark unter Beschuss: So wurde etwa die Auszahlung der Mindestsicherung an Deutschkenntnisse und einen Pflichtschulabschluss geknüpft. Obwohl der Verfassungsgerichtshof das Gesetz kippte, weil es eindeutig gegen Minderheiten (vor allem Migranten) gerichtet war, baute die Regierung den Sozialstaat doch bedeutend um: So sei laut Strobl etwa mit der Einführung des 12-Stunden-Arbeitstages eine der größten Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft und der Gewerkschaften zunichte gemacht worden (vgl. Strobl 2021, 93–94).

3.3 Hat sich die ÖVP unter Kurz radikalisiert?

Fand unter Sebastian Kurz eine Radikalisierung der ÖVP nach der Definition dieser Arbeit (Strobl) in Kapitel 1 statt und wenn ja, gibt es Parallelen zur Radikalisierung der österreichischen Großparteien in der Zwischenkriegszeit?

Diese Frage zu beantworten, ist riskant und sehr von der persönlichen Interpretation abhängig. Nach der Definition Strobls lassen sich in allen untersuchten Punkten

Radikalisierungen feststellen, wobei niemals übersehen werden darf, dass manche Themen sehr weit zu fassen sind. Im Folgenden wird jeder der oben besprochenen Punkte kurz nach der vorherigen Definition, an die die Arbeit sich sehr präzise zu halten versucht, zusammengefasst:

In Kapitel 1.1 „Führungsperson“ lässt sich nach Strobl eine Radikalisierung feststellen. Kurz hatte die ÖVP, wie oben beschrieben, mit seinem Zirkel zu seiner Zeit so fest im Griff wie schon lange kein Parteichef mehr. Er veränderte die Partei, richtete sie auf sich selbst aus und ließ das traditionell stark föderale Bild der Volkspartei, welche in erster Linie von ihren Landeshauptleuten im Griff gehalten wird, verblassen.

Im Kapitel „Medien“ lässt sich ebenfalls nach voriger Definition von einer Radikalisierung sprechen: explodierende Budgets, neue Kommunikationsmodelle, stark verstärkter Einfluss auf Medien durch Inserate und Presseförderung. Gerade die sogenannte Message Control und das exorbitante Intervenieren in das mediale Tagesgeschäft sind entscheidend, um die Forschungsfrage hier mit „ja“ zu beantworten.

Auch im Kapitel „Bewusster Regelbruch“ lassen sich Parallelen feststellen: Ob illegale Parteispenden oder die Verfehlungen und Missstände der SOKO Ibiza, es handelt sich eindeutig um formale wie auch informelle Regelbrüche.

Im Kapitel „Institutionen“ ist die persönliche Interpretation entscheidend:

Sind mehr oder weniger erfolglose Angriffe, die sich nicht nur, aber vor allem verbal abspielten, als Angriff auf eine essenzielle staatliche Institution deutbar?

Strobl selber sieht das definitiv so. So argumentiert sie, dass die Behinderung einer Behörde die aktiv gegen die eigene Partei ermittelt, nicht als demokratisch angesehen werden darf, und definitiv problematisch sei. Dabei verweist sie außerdem darauf, dass es sich hier um einen Vorgang der Exekutive gegen die Judikative handelt, welcher auch typisch für autoritäre Systeme sei (vgl. Strobl 2024, Interview Zeile 34-44).

3.4 Parallelen zur Zwischenkriegszeit?

Im Folgenden werden Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, die im Anschluss dabei helfen sollen, zu erkennen, ob sich eine ähnliche Entwicklung wie in der Zwischenkriegszeit abzeichnet(e).

Wenn man die Christlichsoziale Partei der Zwischenkriegszeit der ÖVP unter Kurz gegenüberstellt, lassen sich zahlreiche Gemeinsamkeiten feststellen:

So wurde wie damals polarisiert und ein absolutes Feindbild geschaffen, bemerkenswerterweise sogar dasselbe (die Sozialdemokraten).

Damals wie in moderner Zeit spaltete man die Bevölkerung entlang einer Achse.

Auch wurde beide Male eine Koalition mit einer Partei rechts der eigenen Partei angestrebt und durchgesetzt. Die Medien waren in beiden Fällen stark unter Beschuss, und die Wahlwerbungskosten explodierten in gleicher Weise.

Unterschiede lassen sich vor allem im Hinblick auf den angerichteten Schaden an den Institutionen, auf das Selbstverständnis der Partei und auf militärische Aktionen zeigen.

Der Vergleich einer (in groben Zügen nicht erfolgreichen) Attacke gegen eine Ermittlungsbehörde, mit dem, in weiterer Folge, vorgelegten Ausschalten der demokratischen und freien Wahlen, erscheint nicht schlüssig.

Ein anderer wesentlicher Unterschied zwischen der Christlichsozialen Partei damals und der Volkspartei unter Kurz ist das Selbstverständnis: Wurde in der Zwischenkriegszeit immer wieder betont, die staatstragende Partei zu sein, versuchte man der ÖVP im Wahlkampf 2017 das Image einer Protestpartei zu verleihen. Insofern scheint es fast ironisch, dass die große staatstragende Partei der Zwischenkriegszeit paramilitärische Verbände ausbildete (welches natürlich der mit Abstand größte Unterschied bleibt), während sich die ÖVP gerne als Opfer inszenierte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich zwar etliche Ähnlichkeiten zwischen der Volkspartei heute und der Christlichsozialen Partei finden lassen, sich für einen ähnlichen Ausgang aber nicht ausreichende Beweise ergeben. Somit ist die Forschungsfrage, ob Parallelen existieren, mit „ja“ zu beantworten, während die Forschungsfrage, ob eine ähnliche Entwicklung abzusehen ist (in diesem Fall war), verneint werden muss.

4 Die Fidesz unter Viktor Orbán

4.1 Ungarns Ausgangslage

Um beurteilen zu können, wie Ungarn in den festen Griff der Fidesz, eine in Ursprüngen liberal-radikale, dann liberal-gemäßigte und nun nationalkonservative Partei, geraten konnte, ist ein Blick in die Geschichte des Landes vor dem Mauerfall unumgänglich. Als Ostblock-Staat wurde der erste Schritt in Richtung der Transformation bereits sehr früh (1968) getan: So erlaubte der Staatsapparat von nun an unabhängige Unternehmensführung und – zumindest begrenzten – Außenhandel. Das kann als Zeichen des Willens, eine langfristige Transformation anzustreben, gedeutet werden. Spätestens 1976 kristallisierte sich Ungarn endgültig als eines der fortschrittlichsten osteuropäischen Länder heraus, was sich etwa darin äußerte, dass politische Opposition kein Tabu, sondern sogar erwünscht war. Zusätzlich begann der Protest innerhalb der MSZMP (Magyar Szocialista Munkáspárt, die „kommunistische“ Einheitspartei) früh, und schon lange vor dem Mauerfall 1989 erhielten viele Sektoren das Recht, privat zu wirtschaften. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war das Land trotzdem stark gespalten: In allen politischen Spektren wurde kräftig polarisiert, vor allem da sich nun auch ein großer konservativer Parteienblock herausbildete: die Partei der kleinen Landwirte (FKBT) zusammen mit dem demokratischen Forum, die beide naturgemäß ins Kreuzfeuer der großen linken Parteien (Sozialistische und Sozialdemokratische Partei Ungarn) gerieten, welche sich beide zu großen Teilen aus der ehemaligen Regierungspartei MSZMP zusammensetzten. Die Fidesz war zu dieser Zeit ein Teil des vierten größeren Lagers, welches sich liberal verortete und mehr freie Demokratie für junge Menschen forderte (vgl. Vetter 2019, 144–145). Die ersten bedeutenden Wahlen gewannen das Demokratische Forum und die MSZMP, welche mit etwa 25% gleichauf lagen, während die Fidesz einen Teilerfolg mit etwa 8,9% aller Stimmen schaffte. Nachdem sich die größten Parteien auf eine Art Koalition geeinigt hatten, entstand allerdings ein Phänomen, welches typisch für die damaligen Transformationsstaaten war: Als ein dauerhafter Streit zwischen Liberalen und Konservativen innerhalb des Demokratischen Forums ausbrach, kam es zu einer innenpolitischen Krise, welche mit der faktischen Zerstörung der Partei endete. Orbán

hielt seine Partei während des innenpolitischen Chaos eher im Hintergrund und versuchte so die Akzeptanz seiner Partei zu steigern. Was anfangs gut funktionierte, wurde aber spätestens mit dem Immobilienskandal (Verkauf der Parteizentrale der Fidesz, eine der teuersten und prestigeträchtigsten Immobilien der Nation, und vor allem teilweise veruntreuter Erlös) immer schwieriger und mündete schließlich sogar, nachdem die Partei in Umfragen teilweise stimmenstärkste Partei gewesen war, in einen Stimmenverlust. Trotz der gerade erlittenen Wahniederlage war der Richtungswechsel, den Viktor Orbán¹⁵ taktisch klug einsetzte, der Grundstein, auf dem die folgenden großen Wahlsiege beruhten: Er begann die Partei immer offener antikommunistisch und bürgerlich-konservativ darzustellen (vgl. Dalos 2022, 208–212).

Das hatte mehrere Vorteile: Erstens brachte man sich damit in eine offensivere Stellung, da Ungarn immer noch ein politisch sehr zerklüftetes Land war (und man sich als liberale Partei mit harter Rhetorik im Normalfall zurückhalten muss) und war nun außerdem – noch wichtiger – nach dem Zerfall des Demokratischen Forums in der vorteilhaften Situation, die einzige (mit Ausnahme kleinerer Parteien wie den Landwirten, die immer mehr an Präsenz verloren) sich rechts der Mitte verortende Partei zu sein. Somit war der Weg für eine starke rechtsliberale, bürgerliche Partei frei (vgl. Dalos 2022, 210).

4.2 Analyse

4.2.1 Die ungarischen Institutionen unter Druck

Das ausschlagkräftigste sowie ironischerweise im Falle Ungarn am leichtesten nachweisbare Element der Radikalisierung betrifft die politischen Institutionen: Es lassen sich hier auf einigen Ebenen Anzeichen für eine Radikalisierung finden. So zum Beispiel bei den Medien:

Am Beispiel der privaten Zeitungen lässt sich gut zeigen, wie weit der Eingriff in die Pressefreiheit im heutigen Ungarn geht:

¹⁵ Viktor Orbán (1963 -): Ministerpräsident Ungarns 1998-2002, 2010 – aktuell (2024), Vorsitzender der Fidesz seit 1993

Die Zeitung „Volksfreiheit“ etwa war nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die größte Zeitung des Landes und im vollständigen Besitz der Ungarischen Nationalen Arbeiterpartei. Nachdem sie 1994 von einem Schweizer Medienunternehmen aufgekauft worden war, gingen die Auflagen zwar immer weiter zurück, doch blieb sie trotz des zunehmenden Drucks durch alternative Medien die mit Abstand wichtigste Tageszeitung in Ungarn. Doch dann passierte etwas Seltsames: Trotz zunehmender Unrentabilität wurde das Blatt von dem österreichischen Unternehmer Heinrich Pecina, der auffallend viele Orbán-kritische Medien aufkaufte und im Anschluss einstellte, aufgekauft. Bei der „Volksfreiheit“ lief es etwa so ab:

Schnell betrachtete der Österreicher [...] [Die Zeitung] [...] als Last und versuchte sie wieder loszuwerden. Nach einem Rückverkaufsversuch an die Sozialisten, entschloss sich Pecina zu einem radikalen Schritt – „Suspendierung“ der Zeitung „auf unbestimmte Zeit“. Als Begründung hieß es [...] [die Zeitung] [...] sei chronisch unrentabel. (Dalos 2022, 64)

Die Suspendierung erfolgte auch auf einem eher unkonventionellen Weg: So wurde zunächst ein Umzug in ein anderes Gebäude angekündigt. Nichtsahnend arbeiteten die Mitarbeiter währenddessen an der neuen (und schließlich letzten) Ausgabe, die es je geben sollte, weiter: Am Wochenende danach wurde ihnen dann aus heiterem Himmel die Kündigung per Brief ausgeschildet (vgl. Dalos 2022, 65).

Doch bei einer Zeitung blieb es nicht, im Gegenteil: So gelangten auffallend viele Zeitungen, darunter auch die „Patriotische Volksfront“, die ehemals zweitgrößte Zeitung Ungarns, in die Hände von persönlichen Freunden Viktor Orbáns, vor allem von Maghar Nemzet, einem Sandkastenfreund des Regierungschefs. Auffallend war auch, dass ausgerechnet nach der Übernahme des Blatts eine Welle rechter Propaganda über die Leser*innen zu rollen begann (vgl. Dalos 2022, 66).

Ein weiterer, mindestens so wichtiger Punkt wie die Medien ist die erst 2010 endgültig beschlossene Verfassung: So ist es zwar ein Fortschritt, dass überhaupt eine existiert, jedoch weist sie entscheidende Mängel auf. So beinhaltet sie beispielsweise keinen wirksamen verankerten Minderheitenschutz, was sich etwa darin äußert, dass

nichtungarische Ethnien offiziell keine Mitglieder der Nation sind. Außerdem wurde dem Parlament sowohl die Budgethoheit als auch das Recht der Ernennung der Verfassungsrichter*innen (die nun ausschließlich die Regierung bestimmt), entzogen. Als wäre dies nicht schon Angriff genug auf den Rechtsstaat, wurde 2011 ebenfalls eine vielleicht noch entscheidendere Änderung beschlossen: So schaffte man die Kombination aus Mehr- und Verhältniswahlrecht ab und ersetzte das bisherige System durch ein reines Mehrheitswahlrecht (ähnlich den USA), was der Fidesz aufgrund ihrer Basis, dem Landvolk, sehr in die Hände spielte, da bei Mehrheitswahlrecht nicht die korrekte Wechselwirkung zwischen Abgeordneten und Wählerstimmen im Vordergrund steht, sondern kleine Landkreise politisch überrepräsentiert sind (vgl. Vetter 2019, 146–150). Ein weiterer, nicht unbedeutender Eingriff in die ungarischen Institutionen ereignete sich bei der Nationalbank: So erhoffte sich Orbán kurz vor Beschluss der neuen Verfassung größeren Einfluss auf die Zinspolitik des Landes, indem er die Nationalbank mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde zusammenlegen wollte. Dies hätte zu einem starken Einfluss der aktiven Regierung auf Zinsentscheide der Bank geführt und deren Unabhängigkeit belastet. Nach wiederholten Protesten und starkem Feuer aus der EU zeigte Orbán sich hart und wollte keine Kompromisse eingehen, bis er schließlich wegen der zunehmend prekären Verschuldungssituation und der drohenden Aussetzung von Hilfskrediten gezwungen wurde, die Zusammenlegung zu stoppen (vgl. Androwitzer/Gelegs 2013, 91–93).

4.2.2 Polarisierung in Ungarn

Wer sich mit dem ungarischen politischen System auseinandersetzt, muss feststellen, dass Spaltung stets eine besondere Rolle einnimmt. Die Fidesz spannte die Achse stark über die Europäische Union:

Viktor Orbán und andere Funktionäre des Fidesz bedienen sich dieser Ressentiments, wenn sie gegen „Multis, Bankiers und EU-Bürokraten“ wettern, zumindest wenn sie sich vor heimischem Publikum befinden, nicht in ihren Reden im Ausland. Ungarn befindet sich praktisch in einem „wirtschaftlichen Befreiungskampf“, der Staat müsse vor allem ungarische Interessen schützen.

Allerdings geht Orbán in seiner täglichen Praxis eher pragmatisch und interessengebunden mit ausländischen Investoren im Land um, weil er genau weiß, dass diese sein Land wirtschaftlich nach vorne gebracht haben und Ungarn weiter auf sie angewiesen ist. (Vetter 2019, 158)

Das äußerte sich auch in offiziellen Wahlplakaten:



Abb. 2: „Welt“(2019)

Zu sehen sind hier der damalige EU-Kommissionspräsident Juncker sowie der US-amerikanisch liberale Milliardär und Philanthrop George Soros, welcher ein bekanntes Feindbild der Fidesz darstellt, vermutlich da er das illiberale System Orbáns strikt ablehnt. Daneben wird angeführt: „Auch Sie haben ein Recht zu wissen, was Brüssel vorhat!“ Im Kleingedruckten werden falsche Behauptungen aufgestellt, etwa dass in der EU „Migrantenvisen“ oder „verpflichtende Ansiedler-Quoten“ eingeführt wurden (vgl. Mayer 2019).

George Soros spielt laut Dalos eine besonders wichtige Rolle: So verkörpere er die Eliten, die Orbán und seine Partei stürzen wollen und versuchen, die Nation in eine ständige Abwärtsspirale zu versetzen. Egal ob offene Gesellschaft, Liberalismus oder EU-Befürwortung, Soros selbst und seine Anhänger eignen sich beispiellos für ein Feindbild

der Fidesz. So beschuldigten der Regierungschef und seine Partei Soros wiederholt, einen gefährlichen Plan zu haben (vgl. Dalos 2020, 26–27), der unter anderem den Sturz der Fidesz, die Auflösung der Nationalstaaten Europas und die Ersetzung der Europäer durch Einwanderer beinhalte (vgl. Schlagwein 2020).

Das ist insofern interessant, als die Fidesz vor dem konservativen Imagewechsel großzügige Summen von dem Milliardär erhalten hatte, sodass die Partei eine eigene Zeitung herausgeben konnte. Auch Orbán persönlich profitierte: So durfte der damals junge Freiheitskämpfer dank dem Milliardär eine Studienreise nach Oxford antreten, die er sich selbst vermutlich nicht leisten hätte können (vgl. Dalos 2020, 203).

Warum Soros zum absoluten Feindbild der Partei wurde, ist und bleibt umstritten. Eine mögliche Erklärung könnte aber auch in dem in Ungarn noch immer eindeutig bestehenden Antisemitismus liegen. So ist zumindest in der breiten Bevölkerung die Meinung, Judentum sei mit Liberalismus gleichzusetzen, weit verbreitet. Außerdem passt Soros perfekt in das Vorurteil des „geldgierenden Juden“, da er den Grundstein seines Vermögens mit Spekulationen in Großbritannien – dem Land des Kapitalismus schlechthin – legte. Wie sehr die Verknüpfung des Vorurteils mit der Fidesz zu tun hat, kann nicht seriös ermittelt werden, doch einen gewissen Anteil kann man ihr wohl zuschreiben. Egal ob gewollt oder nicht, ein Wahlplakat mit der Unterschrift „Lassen wir nicht zu, dass Soros zuletzt lacht“ mit einem dämonisch grinsenden (oft als Staatsfeind wahrgenommenen) Milliardär bietet für den Durchschnittsbürger doch genug Spielraum, um Vorurteile zu verstärken (vgl. Dalos 2020, 107).

Ein anderes Beispiel, das als Bestätigung zur Annahme, in Ungarn finde eine aktive Spaltung der Gesellschaft statt, herangezogen werden kann, ist die Forderung nach Staatssendern für Parteien, also die Trennung in links- und einen rechtskonservativen Funk (vgl. Androwitzer/Gelegs 2013, 70). Dies würde zu ähnlichen Verhältnissen wie in den USA führen, in denen die Gesellschaft etwa zwischen Fox News, dem inoffiziellen Sender der Republikaner, und so ziemlich allen anderen Sendern (vielleicht mit Ausnahme der lokalen Sender), welche sich auf die Demokraten stützen, gespalten wurde (vgl. Winkler 2020). Falls es je wirklich zu einer solch getrennten Medienlandschaft kommen würde, ist der Vorwurf der Polarisierung schwer von der Hand zu weisen. Die öffentliche Gesellschaft würde sich immer stärker in „linke“ und „rechte“ Bürger gliedern, welche auf unterschiedliche Medien und Informationsquellen zurückgreifen würden.

4.2.3 Politik im permanenten Wahlkampfmodus

Wenn man sich die politischen Debatten in Ungarn anschaut, wird man erstaunt feststellen, dass diese fast nicht existieren, vor allem weil die Fidesz seit 2010 mit einer Zweidrittelmehrheit regiert. Den Medien wird also möglichst wenig realpolitischer Stoff geliefert, der einer kritischen Analyse unterzogen werden kann. Die gravierenden Mehrheitsverhältnisse haben außerdem noch eine andere Folge: So ist die Partizipation an Reden im Parlament erschreckend niedrig, da keinerlei Kompromisse geschlossen werden müssen (vgl. Dalos 2020, 19–21).

Trotzdem herrscht in den Medien stets eine Schlagseite vor. Das liegt daran, dass die permanente Wahlkampfbotschaft in Ungarn über eine andere Achse gespannt wird: die NMHH (Nemzeti Média- és Hírközlési Hatóság (kurz NMHH; Staatliche Behörde für Medien und Nachrichtenübermittlung)). Hier handelt es sich um eine durch ein umstrittenes Mediengesetz gegründete Medienbehörde, die die Kompetenz besitzt, Journalisten hart zu bestrafen, sofern sie nicht unabhängige und ausgewogene Informationen präsentieren. Zynischerweise besitzen nicht unabhängige Medienexperten die Macht über die Entscheidung, ob eine Information unabhängig sei oder nicht, sondern Unterstützer*innen der Regierungspartei Fidesz. Dies äußerte sich etwa bei dem Radiosender „Klubradio“, bei dem immer wieder Sendungen gespielt wurden, in denen die Hörer selbst aktiv anrufen konnten, um mit etwas Glück ihre eigene politische Meinung zu aktuellen Themen zu veröffentlichen (vgl. Androwitzer/Gelegs 2013, 65–66).

So etwa wies die Medienbehörde den Antrag von Klubradio auf Neuzuteilung seiner Sendefrequenz [...] als fehlerhaft und daher ungültig ab. Als Begründung gab die Medienbehörde an, dass Klubradio nicht alle Seiten des Antrages firmenmäßig unterzeichnet hätte. Laut den gültigen Bestimmungen muss der Antragsteller alle Seiten seines Antrags hochoffiziell unterschreiben. Klubradio protestierte daraufhin und beteuerte, alle Seiten vorschriftsmäßig unterfertigt zu haben. Die Medienbehörde entgegnete, dass nur die Textseiten unterschrieben seien, nicht aber die leeren Rückseiten. (Andorwitzer/Gelegs 2013, 67)

Die von der Regierung abhängigen Medien tun also indes alles dafür, dass ihnen Förderungen nicht gestrichen werden, und versuchen um jeden Preis das Visier der Medienbehörde zu umgehen. Das schränkt das politische Spektrum der Berichterstattung stark ein.

4.2.4 Parallelrealitäten

Wie schon erwähnt, sind manche Argumente für mehrere Radikalisierungsmerkmale gültig, vor allem im folgenden Abschnitt.

Wer im System Orbán nach Realitäten und Faktenumdeutungen sucht, wird schnell fündig werden. Obwohl sich Orbán bis auf seine EU-Kritik mit kritischen Ausdrücken persönlich eher zurückhält, findet die Umdeutung in den Medien statt und ist daher im Alltag der Ungarn allgegenwärtig.

Während sich die russische Propaganda in den meisten europäischen Ländern auf die sozialen Medien beschränkt, wird in Ungarn bereits aktiv im Fernsehen und in den Zeitungen mitgeschrieben. So berichtete der ungarische Parlamentarier Márton Tompos in einem Interview mit der „taz“ etwa auf die Frage, ob es in Russland massenweise Fake-Accounts in den Medien gäbe:

Ja. Es sind Fidesz-Anhänger, die das freiwillig machen. Sektenähnliche Jünger Orbáns. Die Diktatoren auf der ganzen Welt, Putin und Orbán, aber auch Erdoğan und Duterte, lernen voneinander, ihre Macht durch Propaganda zu verfestigen. Orbáns große Strategie ist es, den offenen Diskurs selbst zu verstören. (Vgl. taz 2023)

Damit wäre nebenbei auch der Punkt „Superfans“ der Definition erfüllt.

Aber nicht nur innenpolitisch, auch außenpolitisch wird die Realität von den Medien eindeutig verzerrt – unter dem Vorwand der Meinungsfreiheit und der damit vermeintlich einhergehenden Meinungsausgeglichenheit. Fiel Orbán 2007 noch mit sehr harten Aussagen gegen Putin auf, versuchte er sich seit seiner Wiederwahl 2010 immer stärker mit Russland gutzustellen, vermutlich um Ungarn mehr außenpolitischen Spielraum zu geben und „Erpressungen“ aus Europa entschlossen abwehren zu können (Vetter 2019, 163).

Brüssel wird so oft wie möglich als Feindbild etabliert. Dafür inszeniert Orbán in den Medien den Konsens einer Abwärtsspirale und sorgt dafür, dass sämtliche Fehler der Europäischen Union und alle Erfolge der Regierungspartei zugeschrieben werden (Ozsváth 2017, 58–59).

4.3 Vergleich mit der Regierungsperiode 1998–2002

Als Viktor Orbán 1998 angelobt wurde, deutete sich ein Richtungswechsel an: Zwar wurden 2002 hochrangige Beamte ausgetauscht, was zu einer Schädigung der Demokratie beitragen kann, in einer repräsentativen Demokratie aber durchaus üblich ist. Demokratiegefährdung fand in dieser Phase nicht statt.

Außerdem änderte sich die gesamte politische Ausrichtung: Während sich die Fidesz 1998–2002 zu den bürgerlich-liberalen Parteien zählte, verstärkte sich – allerdings auch schon während der ersten Amtsperiode – die Tendenz, rechte Positionen einzunehmen, immer stärker (Ozsváth 2017, 20–21).

Insgesamt kann man das politische Klima damals als gemäßigt bezeichnen, nicht umsonst galt Orbán mit seiner Partei laut EU als Musterschüler (Universität Rostock o.J.).

Im Vergleich dazu wird im nächsten Unterkapitel eine Conclusio zum heutigen Parteizustand (Stand 25.01.2024) gezogen.

4.4 Hat sich die Fidesz unter Viktor Orbán radikalisiert?

Um seriös beurteilen zu können, ob man die Forschungsfragen „Hat sich die Fidesz zwischen ihrer Entstehung und heute radikalisiert“, und wenn ja: „Lassen sich Parallelen zur Radikalisierung der Christlichsozialen Partei in der Zwischenkriegszeit feststellen?“ beantworten kann, muss man die Fragestellung so weit als möglich differenzieren. Dafür werden im Folgenden die einzelnen Kapitel zusammengefasst und kurz festgestellt, ob die vorgebrachten Argumente mit der Definition in Kapitel 1 schlüssig sind.

Beim Punkt „Angriff auf die Institutionen“ lassen sich eindeutig Parallelen feststellen: So standen zahlreiche, zum Teil auch essenzielle Institutionen unter dem Druck der Partei.

Notenbank, Medien, das Wahlsystem oder die Verfassung sind nur ein Ausschnitt der gravierenden Attacken auf die politischen Einrichtungen Ungarns.

In den Teilen „Kulturkampf: Polarisierung“ sowie in „Parallelrealitäten“ lassen sich ebenfalls ohne grobe Schwierigkeiten Punkte nachweisen, die gravierendene Ähnlichkeiten mit Stobls Definition besitzen: So wurde der Bogen hier besonders über Soros und die EU gespannt, denen eine „dämonische Bedeutung“ zukomme – so zumindest das oft geschürte Feindbild. Dieses Bild entspricht gleichzeitig einer Faktenverdrehung, was der Definition des Terms „Parallelrealität“ in Kapitel 1 entspricht. Beim Punkt „Politik im dauerhaften Wahlkampfmodus“ lassen sich ebenfalls Parallelen ziehen: Besonders die von der Regierung abhängige Medienlandschaft (privat sowie öffentlich) hat eine dauerhafte Schlagseite. Das führt zwingend zu mehr Polarisierung, da den Themen des Regierungschefs natürlicherweise deutlich mehr Aufmerksamkeit zukommt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich im Falle der Fidesz definitiv um radikalisierten Konservatismus handelt.

Anmerkung zum Schluss: Obwohl der Punkt „Führungsperson“ im Falle der Fidesz als eines der am deutlichsten für eine Radikalisierung sprechenden Argumente als erfüllt angesehen werden darf, wurde hier absichtlich sparsam argumentiert, da die Partei immer schon fest in Orbáns Hand war, was sich auch schon daran zeigt, dass der heutige Regierungschef die Partei in den 1980ern gründete. Insofern lässt sich vermuten, dass sich die Partei nicht noch zusätzlich auf Orbán zuschneiden musste, was nicht auf eine Radikalisierung der Fidesz, sondern auf eine Stagnation einer Führerpersönlichkeit auf hohem Niveau hindeutet.

4.5 Parallelen zur Zwischenkriegszeit?

Auch hier wurden Argumente gesammelt, die für oder gegen Parallelen sprechen und die einen ähnlichen Ausblick wie in der Zwischenkriegszeit prognostizieren lassen oder eben nicht:

So ist die Medienlandschaft in beiden Fällen stark unter Druck, wobei man im heutigen Ungarn fast von einer noch schlimmeren Situation sprechen kann. Ähnlichkeiten findet man auch in puncto Antisemitismus: Obwohl das Ausmaß bei Weitem nicht an jenes der Zwischenkriegszeit herankommt, ist es doch möglich, unterschwellige Tendenzen festzustellen. Auch entwickelten beide Parteien in weiterer Folge eine Art Nationalkonservatismus, der auch Züge des Nationalismus erkennen lässt. Eine weitere Gemeinsamkeit sind das staatstragende Selbstverständnis sowie eine ständige Polarisierung zwischen Bevölkerungsgruppen.

Gegen Parallelen spricht etwa:

Das Feindbild existiert zwar in beiden Parteien, doch entspricht es in der Zwischenkriegszeit eindeutig der Sozialdemokratie, im Falle der Fidesz wird es (zumindest offiziell) von liberalen Eliten (Fokus auf die illiberale Gesellschaft, Bsp. Soros) getragen. Auch ist es bis jetzt noch nicht zu politisch motivierten Ausschreitungen gekommen, und es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass sich das in Zukunft ändern sollte.

Die Conclusio lautet in diesem Fall:

Die Forschungsfrage, ob sich zwischen Fidesz und Christlichsozialer Partei Gemeinsamkeiten feststellen lassen, ist mit „ja“ zu beantworten. Zusätzlich lassen sich auch starke Ähnlichkeiten festmachen, die in Zukunft für eine ähnliche Entwicklung sprechen, so etwa die kontrollierten Medien und klare sowie stabile Mehrheitsverhältnisse. Auch das Bekenntnis zu einer illiberalen Demokratie kann mit der Aussage Seipels zur „wahren“ Demokratie als Parallele angesehen werden. Es lässt sich also ein ähnlicher Ausblick prognostizieren, wobei trotzdem stark differenziert werden muss: Hier gilt es, sich an die heutige Gesellschaft anzupassen. Parteimilizen oder Staatsstrieche etwa sind in Europa heute unrealistisch geworden, doch ist die Parallele der innenpolitischen Situation in Ungarn etwa zu Seipel 1926 nicht allzu weit hergeholt.

5 Fazit und Ausblick

Derzeit rollt wieder eine Welle des Rechtspopulismus über Europa. Der russische Angriffskrieg und die damit einhergehende Energiekrise, die zurückkehrende Inflation, eine rasant voranschreitende Digitalisierung und die Pandemie, alle diese Faktoren rufen tiefsitzende Ängste in den Menschen wach – Ängste, welche von extremistischen Parteien aufgegriffen werden, um gegen das „System“ zu wettern, obgleich sie doch selbst ein Teil von ihm sind. Denn nichts als das Konzept der Meinungs-, Presse- und Redefreiheit im System ist für die Existenz der jeweiligen Bewegungen verantwortlich. Vom Verfassungsschutz in Deutschland offiziell als rechtsextrem eingestuft, steht die AFD Thüringen derzeit bei 33%. (vgl. Dawum 2024)

Bei der Verteidigung gegen solche Bewegungen spielen konservative Großparteien insofern eine essenzielle Rolle, als sie es als Partei, die sich rechts der Mitte verortet, leichter haben, potenzielle Wählerstimmen zurückzugewinnen. Es bestehen nun zwei Möglichkeiten, wie diese konservativen Großparteien auf die neue Situation reagieren können: Sie könnten sich entweder möglichst stark von Rechtsaußen-Positionen abgrenzen, um die Akzeptanz der Rechtsaußen-Wahlkampfthemen möglichst gering zu halten, oder den Versuch unternehmen, sich zumindest Teile der Positionen des äußeren Flügels zu eigen zu machen, um für die verlorenen Wähler interessanter zu werden. Als Vertreter des ersten Weges ist etwa Angela Merkel zu nennen, die gerade mit ihrer Abgrenzungs- und Flüchtlingspolitik klare Grenzen setzte.

Für den konträren Weg entschied sich dagegen Sebastian Kurz, welchen wir nach der Analyse in Kapitel 2 nun getrost als Vertreter des radikalisierten Konservatismus beschreiben können. Er bediente sich dabei neuer Kommunikationsmethoden, eines ausartenden (verbotenen) Wahlkampfbudgets und oftmaliger verbaler Attacken gegen das Justizsystem. Auch lange über seine Amtszeit hinaus werden seine Reformen das politische Klima Österreichs verändern, gerade die hohe staatliche Abhängigkeit der Medien wird der Alpenrepublik noch lange erhalten bleiben.

Noch einen Schritt weiter ging Viktor Orbán. Hier lassen sich inzwischen keine Anzeichen mehr dafür finden, dass seine Politik nur dem Machterhalt dient. Mehr oder weniger gleichgeschaltete Medien, aktive Hetze und Spaltung sowie das zugunsten der Fidesz

umgebaute Wahlsystem sprechen eindeutig für einen radikalen Umbau des politischen Systems. Ganz legal findet in Ungarn derzeit nicht einmal Diskurs auf parlamentarischer Ebene statt, da sich die Regierung mit ihrer Zweidrittelmehrheit aus sämtlichen unangenehmen Problemen heraushalten kann.

Auch mit Blick auf die Zwischenkriegszeit eröffnet sich ein interessantes Bild: So lassen sich bei beiden Beispielen eindeutige Parallelen aufzeigen, im Falle von Ungarn könnte man sogar einen ähnlichen Ausblick wie damals prognostizieren, wobei sich nur die angewandten Methoden dem Wandel der Zeit anpassen mussten. Falls dies wirklich eintreffen sollte, offenbart der Blick in die Vergangenheit keine rosigen Zukunftsperspektiven: Schließlich war die Christlichsoziale Partei der Zwischenkriegszeit maßgeblich am Sturz der Demokratie beteiligt und machte sich die frischgebackene Republik zu eigen. Es ist also zu hoffen, dass sich die heutigen Vertreter des Radikalierten Konservatismus nicht auf den Weg stützen, den uns die Christlichsoziale Partei vorgezeichnet hat.

Es liegt jetzt an den Vertretern des Konservatismus, sich für den Weg der Mitte oder den der Protestpartei zu entscheiden. Funktionieren können beide, doch ist der Sinn hinter einem krampfhaften Kampf darum, wer die radikalere Partei sei, nur um im Endeffekt die Oberhand gegenüber den extremistischen Parteien zu behalten, zu hinterfragen, wenn man sich selbst in diesem Prozess an der Schädigung der Demokratie und deren Institutionen beteiligt.

6 Literaturverzeichnis

6.1 Literaturquellen

- Androwitzer R./Gelegs E. (2013): Schöne Grüße aus dem Orbán-Land. Die rechte Revolution in Ungarn. Wien; Graz; Klagenfurt.
- Brandstätter H. (2019): Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst. Wien.
- Dalos G. (2022): Das System Orbán. Die autoritäre Verwandlung Ungarns. Originalausgabe (Deutsche Bearbeitung von Elsbeth Zylla). München.
- Knittelfelder K. (2020): Inside Türkis. Die neuen Netzwerke der Macht. Wien.
- Kriechbaumer R. (2017): Die Christlichsoziale Partei zwischen 1918–1938. In: Karner S. (2017): Die Umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938. Innsbruck; Wien; Bozen.
- Ozsváth S. (2017): Puszta-Populismus. Viktor Orbán – Ein europäischer Störfall? Ulm.
- Pelinka A. (2017): Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938. Wien; Köln; Weimar.
- Pilz P. (2021): Kurz. Ein Regime. Wien.
- Schiller T. (1995): Konservatismus. In: Nohlen D./Schultze R. (Hg.) (1995): Lexikon der Politik. Politische Theorien. Band 1. Herausgabe von Nohlen D./Schultze R. München.
- Strobl N. (2021): Radikalisiertes Konservatismus. Eine Analyse. Originalausgabe, erste Auflage. Berlin.
- Vetter R. (2019): Der Preis des Wandels. Geschichte des europäischen Ostens seit 1989. Freiburg.
- Von Beyne (1995): Parteientheorie. In: Nohlen D./Schultze R. (1995): Lexikon der Politik. Politische Theorien. Band 1. Herausgabe von Nohlen D./Schultze R (Hg.). München.

6.2 Internetquellen

- Bundeszentrale für politische Bildung (Kein Datum): Dolchstoßlegende. Antisemitismus. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/504208/dolchstosslegende/>. 09.02.2024.

Dawum 2024: Dawum. Neuste Wahlumfragen im Wahltrend zur Landtagswahl Thüringen. <https://dawum.de/Thueringen/>. 11.02.2024.

Jasch 2011: Dissertation. Die Wahl des österreichischen Bundespräsidenten. <https://phaidra.univie.ac.at/download/o:1273441>. 11.02.2024

Litkult (Hg.) (Kein Datum): Heimwehr(en). Stichworte. <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/heimwehren/>. 05.01.2024.

Mayer G. (2019): Auch in Orbáns Fidesz-Partei Zweifel an Anti-Juncker-Plakaten. Die ungarische Regierungspartei Fidesz startet in den EU-Wahlkampf und sorgt sofort für Aufregung (Budapest). <https://www.derstandard.de/story/2000098390364/plakatkampagne-diskreditiert-juncker-und-soros?ref=rec>. 20.01.2024.

Schlagwein F. (2020): Wie George Soros zum Feindbild wurde. <https://www.dw.com/de/wie-george-soros-zum-feindbild-wurde/a-53572731>. 20.01.2024.

Sozialministerium (Hg.) 2022: Sozialhilfe und Mindestsicherung. Statistik 2022. <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialhilfe-und-Mindestsicherung.html>. 27.12.2023.

taz (Hg) (2023): „Die Wahrheit wird völlig verdreht“. <https://taz.de/Desinformation-in-Ungarn/!5907436/>. 24.01.2024.

Jansch <https://phaidra.univie.ac.at/download/o:1273441>

Universität Rostock (o.J.): Ungarn und Finnland in Europa. Transformation des politischen Systems. http://www.philfak.uni-rostock.de/imd/41/ungarn_finnland/Inhalt/Kapitel8/Ung/Texte/de/T814G.html. 24.01.2024.

Winkler P. (2020): Wenn es um die Medien geht, lebt Amerika in Parallelwelten. <https://www.nzz.ch/international/amerika-lebt-in-medialen-parallelwelten-ld.1537333> (Washington). 24.01.2024.

6.3 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Welt (2019): Orbáns „irrsinnige Verschwörungstheorie“ empört Brüssel. Online-Ausgabe vom 21.02.2019,

<https://www.welt.de/politik/ausland/article189192851/Kampagne-gegen-Juncker-und-Soros-Orbán-empoert-Bruessel.html>. 01.02.2024.

Abb. 2: Demokratiewebstatt (Kein Datum). 500 Christlichsoziale Partei plakate.

https://www.demokratiewebstatt.at/fileadmin/_processed_/0/8/csm_4156381_500-plakat-christl-soz_21ad880b87.jpg. 09.02.2024.

7 Anhang

7.1 Interview mit Natasha Strobl

[Transkript des Interviews 1 mit Natasha Strobl]

[Natasha Strobl & Florentin Reichert, Online-Interview, 02.02.2024]

- 1 Florentin Reichert (FR): „In ihrem Buch „Radikalisierte Konservatismus“ führen Sie eine
2 Blaupause für die Analyse des Radikalisierungsverhaltens vor. Lassen sich die Punkte, die
3 beschrieben wurden, auch auf andere moderne, konservative Parteienbeispiele anwenden?
4 Natasha Strobl (NS): Ich habe natürlich anhand von der ÖVP und den Republikanern versucht
5 den Prozess darzustellen, aber das kann man sicher auf die Touries anwenden, die Fidesz ist
6 natürlich so etwas wie das Vorbild von allen, da ist natürlich die Parteiengese durch deren
7 Geschichte ein bisschen anders, aber es ist sicher auch möglich es dahingehend
8 anzuwenden. Ich war auch viel in Schweden in den letzten Jahren, und auch dort sind mit
9 den Moderaten und der Christdemokratie sehr ähnliche Prozesse am Laufen, so dass sich
10 das anwenden lässt. Ich habe es mir nicht im Detail angeschaut in Brasilien, aber die Partei
11 von Bolsonaro ist sicherlich auch eine konservative Partei, und die Partei Modis in Indien ist
12 natürlich auch, eigentlich, eine konservative Partei. Also, vielleicht mit ein paar Abstrichen
13 hier und dort, aber ich würde schon behaupten, dass sich das global anwenden lässt.
14 FR: Alles klar. Danke. Kommen wir gleich zur nächsten Frage, da wir Ungarn schon hatten,
15 überspringe ich diesen Teil und gehe gleich weiter: Ist der radikalisierte Konservatismus, wie
16 sie ihn im Buch beschrieben haben, ein neues Phänomen, oder waren die Ziele und
17 Methoden in der Geschichte ähnlich, und haben sich nur “modernisiert”?
18 NS: Florian Wenninger, würde hier behaupten, quasi Faschismus ist immer radikalisierte
19 Konservatismus, das heißt Faschismus ist immer nur möglich, wenn es radikalisierten
20 Konservatismus gibt. Insofern ist das nicht ganz neu, wobei ich schon einschränken möchte
21 dass die Methoden die ich angewendet habe, bzw. die ich beschreibe, schon sehr auf
22 moderne Parteien zielen, da geht es um Parteigremien, und auch der Umgang mit social
23 Media ist ja ein neues Phänomen, aber die Hinrichtung zu einem Führer, der Kulturkampf im
24 inneren, also die Opposition ist der Feind, das sind sicher Dinge die wir in
25 Radikalisierungsprozessen auch historisch betrachten können, nicht nur im NS- sondern auch
26 in anderen faschistischen Projekten, diese Ausschaltung der staatlichen Institutionen, des

27 Parlaments, und so weiter, die diskursive Vorbereitung, das sind sicher Phänomene die sich
28 auch historisch beobachten lassen.

29 FR: Alles klar, Danke. Die nächste Frage: Um auf ihr Werk „radikalierter Konservatismus“
30 noch etwas genauer einzugehen, in ihrem Buch geben Sie die verbalen Attacken gegen die
31 WKStA als Beispiel für den Punkt Angriff gegen die Institutionen im Falle der Kurz-VP an. Ist
32 das tatsächlich als Angriff deutbar, da er doch, ich weiß nicht, inwiefern man das sagen kann,
33 nicht erfolgreich war, oder zumindest eingeschränkt stattgefunden hat?

34 NS: Naja. Wir sehen ja jetzt noch die Auswirkungen. Es gibt ja auf jeden Fall nicht nur den
35 Versuch die WKStA zu delegitimieren, sondern eben auch sie sogar auch abzuschaffen, das
36 ist ja dokumentiert. Und das ist natürlich, die eigene Ermittlungsbehörde, die gegen einen
37 ermittelt, das ist natürlich schon ein Vorgang, der in einer Demokratie ein Problem ist. Wenn
38 die Exekutive, da geht es ja um eine Exekutivgewalt, gegen die Judikative vorgeht, das ist
39 nichts Gutes, ich meine, autoritäre Systeme zeichnen sich ja durch diese Megalomanie (...)
40 und diese Übermacht an Exekutive aus. Insofern würde ich das schon als problematisch
41 sehen. Dass es nicht geklappt hat ist okay, das kann man so verbuchen, und dass man nicht
42 das ganze Justizsystem gleich in einem Aufwasch abschaffen wollte okay, aber das ist kein
43 sauberer Vorgang in einer Demokratie. Vor allem nicht mit diesen diskursiven
44 Vorbereitungen die es da gegeben hat, mit Hintergrundgesprächen und so weiter.

45 FR: Alles klar. Dann kommen wir vielleicht kurz zur Zwischenkriegszeit: Lässt sich in der
46 Zwischenkriegszeit, also damals hatten wir ja schon eine ziemlich starke Radikalisierung des
47 politischen Klimas in Österreich, kann man da jetzt auch von einem radikalisierten
48 Konservatismus aus ihrer Sicht sprechen, also gerade mit Bezug auf die Christlich-Soziale
49 Partei?

50 NS: Also ich bin keine Expertin von der Zwischenkriegszeit, aber wenn ich eben den Florian
51 Wenninger, der hier natürlich Experte ist, folge, müsste man ja sagen, ja, weil die
52 Christlichsoziale Partei natürlich nicht aus der Tradition des Rechtsextremismus, das ist ja
53 eine andere Genese, und eine andere soziale Basis, also ganz andere Leute, die man vertritt,
54 und eine ganz andere Funktion, die man auch hatte im politischen System. Aber natürlich,
55 Jacob Wasserman (...), der Historiker, hat für die Zwischenkriegszeit quasi ein rechtes Lager
56 beschrieben, das heißt sozusagen einen Rechtsextremismus mit einem christlichen Flügel,
57 also katholischen, Flügel und einem völkischen Flügel, die aber so eng waren in ihrer
58 Feindbildkonstruktion und auch in ihrer Zusammenarbeit, nicht auf Parteebene, sondern

59 eben im vorpolitischen, im diskursiven Raum, dass man schon sieht wie wässrig diese Grenze
60 ist. Aber ich würde das auf jeden Fall als eine Radikalisierung des Konservatismus
61 beschreiben.

62 FR: Danke. Dann noch ein kurzer Ausblick auf heute, kommen wir schon zum Ende: Derzeit
63 rollt eine Welle des Rechtspopulismus über Westeuropa, welche sich besonders im Aufstieg
64 von Parteien wie der AFD in Deutschland oder der FPÖ in Österreich zeigt. Inwieweit spielen
65 klassische Konservative Parteien eine Rolle, wenn es um die Verteidigung der Demokratie
66 geht?

67 NS: Eigentlich eine zentrale Rolle. Also historisch, wenn der Konservatismus kippt, steht es
68 sehr schlecht um die Demokratie. Diese Diskussion innerhalb des Konservatismus, und diese
69 Bruchlinien, die es da halt gibt, die müssen diskutiert werden, die müssen von rein
70 Konservativen Akteuren geführt werden. Von außen ist da immer schwierig, da kann man
71 halt eine Meinung haben, oder eben eine Lösung und so weiter, aber quasi die
72 Richtungsentscheidung müssen die Konservativen selbst treffen, und da muss man historisch
73 auf der Hut sein, aber natürlich ist es besser, wenn sie im demokratischen Spektrum bleiben
74 als nicht, gar keine Frage.

75 FR: Danke. Um da noch mal kurz anzusetzen, wie können sich jetzt diese Parteien gegen den
76 drohenden Wählerstimmenverlust wehren?

77 Wird eine Annäherung an die Positionen der extrem Rechten aus ihrer Sicht zu einem
78 Eindämmen des Wählerstimmenzuwachses derselben führen, wie man mit Beispiel Bayern
79 argumentieren könnte, oder sollte man die extremen Rechten mit ihren Positionen isolieren,
80 da dies zu einer steigenden Akzeptanz ihrer Themen in der Bevölkerung führen könnte, siehe
81 FPÖ unter Kurz oder der aktuelle Deportations-Skandal und dem trotzdem stetigen Zuwachs
82 der Wählerstimmen für die AFD in Umfragen?

83 NS: Naja, Bayern ist halt die Frage, also die Freien Wähler mit der Performance, es ist halt die
84 Frage, worauf es ankommt. Wenn man immer bei der nächsten Wahl ein paar mehr
85 Wählerstimmen erreichen will, dann kann man natürlich in das Playbook der extremen
86 Rechten greifen, und wird dann vielleicht sogar diese 2-3 Prozent mehr machen, weil das
87 eben kurzfristig zu einem Erfolg führen kann. Die Frage ist halt, was der Preis dafür ist: Der
88 Preis dafür ist, dass man in letzter Konsequenz die extreme Rechte weiterbefördert, weil
89 man immer auf der Logik der extrem Rechten spielt. Wenn man etwas gegen die extreme
90 Rechte tun will und sich seiner Aufgabe als Politiker: in besinnen will, dann wäre es

91 eigentlich wichtiger anders anzusetzen und sich zu fragen, wie soll denn die Zukunft
92 ausschauen, also in welcher Zukunft will man leben. Und das ist auch die Aufgabe von
93 Konservativen Parteien, ich meine ich bin die letzte die jetzt Politikberatung macht, aber was
94 ich zum Beispiel nicht verstehe ist, warum die Klimakrise kein konservatives Thema ist, weil
95 es im Wortsinn um konservieren geht, also um etwas behalten , bzw. erhalten geht, und das
96 wäre, würde ich vermuten, ein Weg den eine moderne konservative Partei auch gehen
97 könnte, aber den so viele nicht gehen, weil sie sich auf dieser Kulturkampfschiene zum
98 Rechtsextremismus hinbewegen, wo es um das Leugnen, Relativieren und Emotionalisieren
99 geht, und ich einfach glaube dass das einfach Wege und Entscheidungen sind die sich eine
100 konservative Partei einfach ausmachen muss, und ich bin immer der Meinung dass der
101 demokratische, solidarische, nachhaltige Weg besser ist, als der, wo man kurzfristig drei
102 Prozent abgreift, weil man negativ emotionalisiert.

103 FR: Alles klar. Das heißt sie sind der Meinung, dass wenn man auf dem demokratischen Weg
104 bleibt und den stabilen Weg wählt, bessere Chancen hat die Wählerstimmen in Zukunft
105 wieder zurückzugewinnen.

106 NS: Genau. Also, natürlich kann man sich auch an der Zerstörung der Demokratie beteiligen,
107 aber dann hat man keine Demokratie mehr, und ich hätte ja doch gedacht, dass alle Parteien
108 als Basisgedanken, die Erhaltung der Demokratie haben.

109 FR: Alles klar. Dann danke! Dankeschön für die Möglichkeit dieses Interviews, das ist nicht
110 selbstverständlich

111

7.2 Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Alle sinngemäß und wörtlich übernommenen Textstellen aus fremden Quellen wurden kenntlich gemacht.

Wien, 15.02.2024,